



Jahresbericht 2018



.....

Die DUH arbeitet mit umweltbewussten Vertretern aus Wirtschaft, Wissenschaft, Gewerkschaften und Verbänden an einer natur- und klimaverträglichen Wirtschaft. Wir sehen uns als Teil der Lösung der Jahrhunderaufgabe Klimawandel – und uns ist klar, dass wir damit die stören, die alles beim Alten lassen wollen. Den politischen Druck halten wir aus. Das politische Nichtstun akzeptieren wir nicht.

.....

**Liebe Leserinnen, liebe Leser,**

wir alle haben diesen Sommer hautnah erlebt, wie der Klimawandel unser Leben verändert. Der ewige Sonnenschein wirkt zunächst ganz munter, doch die Trockenheit dürrt das Land aus. Bäume verdursten, Insekten und Vögel haben es in der Dürre noch schwerer. In manchen Regionen Deutschlands wird das Trinkwasser knapp, der Rhein ist auf weiten Strecken nicht mehr schiffbar, Industrieunternehmen entlang der Flüsse wissen nicht, wie die Rohstoffe zu ihnen gelangen oder sie die fertigen Produkte verschiffen könnten. Langsam dringt in unser Bewusstsein, was die Klimawissenschaftler seit Jahren fordern: Wir alle müssen unsere Lebensweise verändern und unsere Wirtschaftsweise umstellen.

Die Deutsche Umwelthilfe arbeitet zusammen mit umweltbewussten Vertretern aus Wirtschaft, Wissenschaft, Gewerkschaften und Verbänden an einer natur- und klimaverträglichen Wirtschaft. Wir sehen uns als Teil der Lösung der Jahrhunderaufgabe Klimawandel – und uns ist klar, dass wir damit die stören, die alles beim Alten lassen wollen. Den politischen Druck halten wir aus. Das politische Nichtstun akzeptieren wir nicht.

Die DUH setzt die Erkenntnisse der Wissenschaft in Handlungen um. Wir drängen deswegen die Bundesregierung mit allen verfügbaren juristischen und zivilgesellschaftlichen Mitteln, den Klimaschutz in der Politik durchzusetzen. Wir fordern, dass der Kohleabbau beendet wird und die Kohlekraftwerke abgeschaltet werden. Wir streiten für niedrige CO₂-Grenzwerte für Autos und kämpfen unermüdlich dafür, dass die bestehenden Grenzwerte für Klimaschutz und Luftreinhaltung endlich eingehalten werden.

Der Klimaschutz muss in allen Bereichen mitgedacht werden und alle Handlungen müssen sich am Klimaschutz und am Erhalt der biologischen Vielfalt ausrichten. Wir kämpfen daher für eine ökologische Landwirtschaft und eine naturverträgliche Fischerei. Wir setzen uns ein für Mehrweg in allen Konsumlagen und kämpfen gegen Plastik und die Vermüllung der Meere. Wir unterstützen Städte und Gemeinden dabei, die Natur in der Stadt zu begrüßen und die Gemeinde klimafreundlich umzubauen.

Wie wir arbeiten, erfahren Sie auf den nächsten Seiten. Wir berichten von unseren Erfolgen und Rückschlägen, von unseren Zielen und ja, auch von unseren Hoffnungen, denn unsere Vision einer umwelt- und naturfreundlichen Lebens- und Wirtschaftsweise treibt uns an. Ich danke Ihnen, dass Sie uns dabei unterstützen.

Mit herzlichen Grüßen

Prof. Dr. Harald Kächele
Bundesvorsitzender Deutsche Umwelthilfe e.V.



3 Vorwort

4 Inhalt

6 Die Autorität der unabhängigen Gerichte

Rechtsanwalt Professor Dr. Remo Klinger vertritt die DUH in den Klagen für das Recht auf Saubere Luft. Er sorgt sich um den Rechtsstaat und sagt: „Bis in die Spitzen des Staates hinein wird beim Dieselskandal bewusst daran gearbeitet, bestehendes Recht zu unterlaufen.“

8 „Wir kämpfen für eine funktionierende Demokratie“

„Wir bringen Autoindustrie und Politik mit unseren Klagen dorthin, wo eine Demokratie die Klärung von Rechtsfragen vorgesehen hat: Vor die Gerichte“, sagt Jürgen Resch, Bundesgeschäftsführer der DUH. Und ist überzeugt: „Bis Ende des Jahres 2019 setzen wir das Recht auf saubere Luft in Deutschland durch.“

10 Die Zukunft blüht in der grünen Stadt

Bäume filtern Feinstaub aus der Luft und kühlen an heißen Sommertagen. Städte sind Rückzugsräume für Wildbienen, Schmetterlinge und andere Insekten. Die Natur macht Menschen gesund und glücklich. Deshalb fördern wir mit unseren Partnern die Natur in den Städten.

12 „Wir knüpfen gesellschaftliche Bündnisse für den Umweltschutz“

Bundesgeschäftsführer Sascha Müller-Kraenner über eine umweltverträgliche Landwirtschaft, die Netzwerke der DUH für den Klimaschutz, Insekten und Ökosysteme. Er erklärt: „Wir klagen für das Recht auf sauberes Wasser und stützen uns auf die EU-Nitratrichtlinie, die Deutschland seit 27 Jahren nicht korrekt umsetzt.“

14 Lufthoheit für die Gesundheit

Hunderte Menschen machen in der DUH-Aktion „Decke auf, wo Atmen krank macht“ mit und messen vor ihrer Haustür

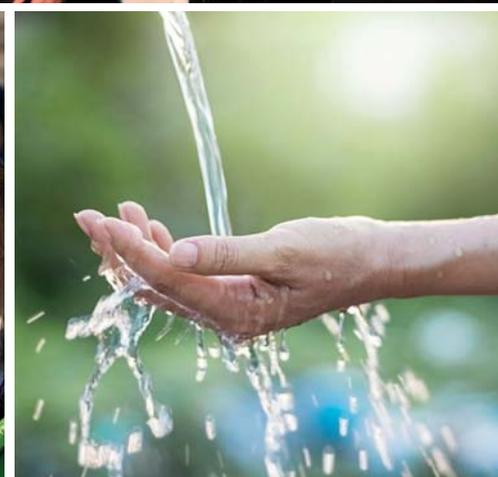
Stickstoffdioxid. Sie stellen fest: Deutschland hat ein flächendeckendes Problem mit den Abgasen aus Dieselaautos. Gut, dass Deutschland bis Ende 2019 die Grenzwerte für Stickoxide einhalten muss.

16 „Gegenwind gehört dazu“

Die Wärmewende wird gelingen, wenn Sozialverträglichkeit und Klimaschutz zusammengedacht werden, sagt Barbara Metz, Stellvertretende Bundesgeschäftsführerin der DUH. Sie kämpft für „eine gerechte Kostenverteilung der energieeffizienten Sanierung zwischen Mietern, Eigentümern und dem Staat.“ Und sie sagt: „Wir bilden Netzwerke, um der Macht der Konzerne etwas entgegen zu setzen.“

18 Wir überwachen die Gesetze für Umwelt und Verbraucher

Umweltschutz und Verbraucherrechte gehören zusammen wie das Energiesparlabel und der Kühlschrank. Die DUH-Verbraucherschützer entdecken jedoch



zu oft, dass Hersteller und Händler die Kennzeichnungspflicht über den Energieverbrauch nicht einhalten.

20 Ganzer Einsatz für Fische

Prominente Schauspielerinnen und Schauspieler unterstützen die DUH in der Kampagne gegen die Überfischung der Meere. Wir fordern nachhaltige Fangquoten, ein Ende der Rückwürfe und Fischereimethoden, die das marine Leben schonen.

22 Mehrweg ist die Beste!

Mehrweg ist und bleibt die beste Verpackung für Konsumgüter wie Saft, Wasser, Bier, Milch oder Kaffee zum Mitnehmen. Mehrweg schützt die Umwelt und das Klima. Bioplastik ist keine Lösung für das Plastikproblem, wie die DUH in einem Mammutprozess geklärt hat.

26 Wir holen die Energiewende ins Haus

Die DUH treibt die Energiewende voran, seitdem die ersten Windräder an Nord-

und Ostsee aufgestellt wurden. Wir setzen uns dafür ein, dass die Sektoren Strom, Wärme und Verkehr miteinander verzahnt werden. Für bestehende Gebäude heißt das: Erneuerbare für die Wärme nutzen.

28 Die Ökowende im Stall

Saubere Luft und einen wirksamen Klimaschutz erreicht Deutschland nur, wenn die Landwirtschaft dazu beiträgt. Das bedeutet: Die intensive Tierhaltung beenden und die landwirtschaftlichen Schadstoffe Methan, Ammoniak, Nitrat in Natur und Umwelt stark vermindern.

30 Solaranlagen bringen Licht in die Amazonas-Nacht

Jubiläum für den Hand in Hand-Fonds: Seit 20 Jahren fördern Rapunzel Naturkost und die DUH öko-soziale Projekte in Afrika, Asien und Südamerika und unterstützen Menschen bei ihren Plänen für Umweltschutz, Bildung und Entwicklung.

31 Cent für Cent für die Natur

Die Solaranlage ausbauen, einen Unterstand im Schulwald befestigen oder Mikroskope kaufen, um Kleinstlebewesen zu beobachten: Schulen haben viele Ideen für Projekte in der Natur- und Umweltbildung. Geld dafür sammeln sie in der DUH-Haus und Straßensammlung

32 Jede Stimme zählt

Die Social Media demokratisieren den Protest und geben jedem die Möglichkeit, mit Petitionen gegen umweltpolitische Missstände vorzugehen. Wir unterstützen die Menschen dabei, gemeinsam mit Prominenten.

33 Der UmweltMedienpreis 2018

34 DUH in Zahlen

38 Das Team der DUH, Adressen

39 Wir sagen Danke

39 Impressum, Fotonachweise

» Nur mit der zivilgesellschaftlichen Courage, die die DUH seit vielen Jahren gegen erhebliche Widerstände an den Tag legt, wird man Tendenzen, die meinen, dass ihre politische Macht über dem Recht steht, Einhalt gebieten können. «

Prof. Dr. Remo Klinger,
Rechtsanwalt



Die Autorität unabhängiger Gerichte

Rechtsanwalt Professor Dr. Remo Klinger vertritt die DUH in den Klagen für das Recht auf Saubere Luft. Er sagt: „Bis in die Spitzen des Staates hinein wird beim Dieselskandal bewusst daran gearbeitet, bestehendes Recht zu unterlaufen – das ist eine neue Dimension und eine Warnung zugleich, da sie über das Umweltrecht hinausreicht und den Rechtsstaat als solchen beschädigt und untergräbt.“

Seit 20 Jahren bin ich Rechtsanwalt, spezialisiert auf das Umweltrecht. Die 17 Jahre, die vor dem öffentlichen Bekanntwerden dessen lagen, was wir heute Dieselskandal nennen, kommen mir mittlerweile wie ein anderes Zeitalter vor. Damals war ich der Auffassung, dass das Umweltrecht vor allem ein Problem in der legislativen Umsetzung dessen hat, was zur Lösung eines Umweltdefizits nötig wäre, wir also vornehmlich die Untätigkeit des Gesetzgebers zu beklagen haben. Zwar kennen wir seit Jahrzehnten Probleme bei der Um- und Durchsetzung bestehender Gesetze, von einem Vollzugsdefizit, welches es insbesondere im Umweltrecht zu beklagen gilt, wissen wir seit Langem. Dass jedoch, wie beim Dieselskandal, bis in die Spitzen des Staates hinein

ganz bewusst daran gearbeitet wird, bestehendes Recht zu unterlaufen und selbst höchstrichterliche Entscheidungen durch eine Landesregierung offen missachtet werden, ist hingegen eine neue Dimension und eine Warnung zugleich, da sie über das Umweltrecht hinausreicht und den Rechtsstaat als solchen beschädigt und untergräbt.

Ich hatte und habe das Glück, mit der DUH denjenigen Umweltverband zu vertreten, der diesen Skandal erst ins Rollen brachte und mit nicht nachlassender Intensität daran arbeitet, dass deutsche Behörden das tun, was eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein sollte: Geltendes Recht durchzusetzen. Dazu zählen zuvorderst diejenigen 34 Klagen, die zur Durchsetzung des seit fast 10



Aktion vor dem Bundesverkehrsministerium: Inspiriert vom Kinofilm „Three Billboards outside Ebbing, Missouri“ prangert die DUH im Juli 2018 auf drei Plakatwänden das Versagen von Verkehrsminister Andreas Scheuer im Dieselskandal an.

Jahren geltenden Grenzwerts für Stickstoffdioxid in deutschen Städten erhoben worden sind. Noch im Jahr 2017 war dieser Grenzwert in 65 Städten Deutschlands teilweise drastisch überschritten. Mit Einreichung der ersten Klagen dieser Art waren wir überzeugt davon, dass im Laufe der gerichtlichen Auseinandersetzungen eine Novelle der Plakettenverordnung erfolgen würde, schließlich ergibt sich die Notwendigkeit einer Blauen Plakette als Ergänzung des bereits bei Feinstaub bewährten Plakettensystems schon aus dem klaren Menschenverstand. Nichts lag näher als dies zu tun.

Die politische Realität hatte sich aber in der Zwischenzeit von dieser Selbstverständlichkeit gelöst, so dass sich die Erwartung zur Einführung einer Blauen Plakette bis heute nicht erfüllt hat. Wenn der Gesetzgeber versagt, das Recht aber klare Begrenzungen für die Emissionsbelastungen der Lungen auferlegt, müssen Gerichte einen Weg finden, dem Recht zu seinem Durchbruch zu verhelfen, im Zweifel mit einem neuen Verkehrsschild.

Die bahnbrechenden Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts vom 27. Februar 2018 haben diese, ja man kann es nicht anders sagen, Verkehrsschilderfindung der DUH höchstrichterlich bestätigt. Wer jedoch gedacht hätte, dass der Klärung der

Rechtsfrage sinnvolle politische Lösungen auf dem Fuße folgen würden, sieht sich bis heute getäuscht. Die Bundespolitik setzt weiterhin alles daran, eher die betrügende Automobilindustrie zu schonen als den von schlechter Luft geplagten Menschen ihr Recht zu geben. Im Zweifel werden sogar eindeutig unionsrechtswidrige (und damit unanwendbare) Fahrverbots-Verbots-Gesetze in großer Hektik auf den Weg gebracht, als den Automobilunternehmen verbindliche Hardwarenachrüstungen zu verfügen. Mehr noch: Selbst verurteilte Landesregierungen gehen eher das Risiko ein, die Grenzwerte für die Luft auch zukünftig zu reißen als an der NOx-belasteten Dieselmobilität nachhaltig etwas zu ändern.

Die Krönung ist in München zu besichtigen. Dort ist das Urteil schon seit dem Jahr 2014 rechtskräftig und der Verwaltungsgerichtshof hat im Jahr 2017 entschieden, dass der Freistaat Bayern Fahrverbote vorbereiten muss. Das bayerische Landeskabinett hat dazu beraten und entschieden, der höchstrichterlichen Entscheidung nicht zu folgen, ein einmaliger Vorgang in der Geschichte der Bundesrepublik. Die bayerische Landesregierung tut damit nichts anderes, als die Grundfesten unseres Rechtsstaats zu schleifen. Eine wehrhafte Demokratie darf das nicht hinnehmen und wird es schlussendlich auch nicht akzeptieren, davon bin ich überzeugt. Es ist ein Glück, dass mit der DUH ein Verband in diesen Verfahren auftritt, der die dazu nötigen rechtlichen Auseinandersetzungen, bis zum Europäischen Gerichtshof, nicht scheut.

Nur mit dieser zivilgesellschaftlichen Courage, die die DUH seit vielen Jahren gegen erhebliche Widerstände an den Tag legt, wird man Tendenzen, die meinen, dass ihre politische Macht über dem Recht steht, Einhalt gebieten können. Wenn politische Kräfte mit ganz erheblicher wirtschaftlicher Macht zusammenwirken, mag zuweilen der Eindruck entstehen, sie schaffen sich ihr eigenes Recht, eine Autorität muss aber immer größer bleiben: Die der unabhängigen Gerichte.

Diese Autorität zu bemühen, wird auch in den kommenden Monaten und Jahren ein Anliegen und eine Herausforderung zugleich sein. Ob bei der Wahrung und Schaffung sauberer Luft, ob bei den nötigen Schritten zu einem ernsthaften Klimaschutz oder bei der Durchsetzung von Grenzwerten, die für unser Wasser gelten. Die DUH ist auf vielen Gebieten aktiv und kreativ bei der Durchsetzung ihrer dem Gemeinwohl dienenden Ziele. Die Bemühung gerichtlicher Hilfe wird immer das letzte Mittel einer erfolgreichen Verbandsarbeit bleiben. Dieses Mittel erfolgreich zu nutzen, war mir in den letzten Jahren Verantwortung und Vergnügen zugleich. Ich freue mich schon jetzt auf die nächsten Verhandlungen – und Erfolge.



» Die bayerische Landesregierung schleift die Grundfesten unseres Rechtsstaats mit ihrer Missachtung einer höchstrichterlichen Entscheidung. Eine wehrhafte Demokratie darf das nicht hinnehmen und wird es auch nicht akzeptieren, davon bin ich überzeugt. «

Prof. Dr. Remo Klinger



»Wir kämpfen für eine funktionierende Demokratie«

„Wir bringen Autoindustrie und Politik mit unseren Klagen dorthin, wo eine Demokratie die Klärung von Rechtsfragen vorgesehen hat: Vor die Gerichte“, sagt Jürgen Resch, Bundesgeschäftsführer der DUH. Er hält an dem Ziel fest: „Bis Ende des Jahres 2019 setzen wir das Recht auf saubere Luft in Deutschland durch.“

Die DUH klagt für das Recht auf ‚Saubere Luft‘ in den Städten und die Gerichte bestätigen quer durch die Republik, dass die beklagten Städte die Grenzwerte für Stickstoffdioxid nicht einhalten und Fahrverbote für Dieselfahrzeuge erlassen müssen. Wird die Luft damit sauberer?

Jürgen Resch: Ja, im Jahr 2019 werden wir erleben, wie in den ersten Städten mit schlechter Luft die Atemluft durch Dieselfahrverbote spürbar besser wird. Unser Ziel ist, bis Ende des Jahres 2019 überall in Deutschland das Recht auf saubere Luft durchzusetzen.

Die Dieselfahrzeuge fahren dann woanders. Verlagert sich das Problem nicht nur?

In allen Gebieten einer Stadt muss die Luft sauber sein. Wir wollen auf keinen Fall, dass schmutzige Fahrzeuge sich längere Wege suchen. Es geht darum, die Betrugsdiesel so technisch nachzurüsten, dass sie auf der Straße und nicht nur im Prüflabor die Grenzwerte einhalten. Wir müssen aber vor allem erreichen, dass weniger Autos in den Städten fahren und Bahn, Tram und Bus ausgebaut werden. Wir brauchen schließlich nach holländischem Vorbild einen massiven Ausbau des Fahrrad- und Fußgängerverkehrs.

Die Geschädigten von Dieselskandal und schmutziger Luft sind die Umwelt, die Autohalter und alle, die den Dreck einatmen.

Geschädigte sind nicht in erster Linie die Autofahrer und das sagen alle Gerichte. Die Geschädigten sind die 800.000 Menschen, die jährlich durch das Diesellabgasgift NO₂ erkranken. Die DUH kämpft seit 30 Jahren für die ‚Saubere Luft‘. In den 1980er Jahren sind wir gegen das Waldsterben vorgegangen und haben für das Herausfiltern von Schwefeldioxid aus Großfeuerungsanlagen gekämpft, in den 1990ern haben wir uns für den Dreiwege-Katalysator bei Benzinfahrzeugen und für schwefelfreie Kraftstoffe eingesetzt. Wir haben für Dieselfahrerfilter gekämpft und setzen uns seit zehn Jahren für die Minderung von Stickoxiden nach dem Stand der Technik ein.

Die DUH klagt seit Jahren für die ‚Saubere Luft‘ und hat einen Erfolg nach dem anderen, dennoch hat sich kaum etwas verändert.

Seitdem wir am 27. Februar 2018 vor dem Bundesverwaltungsgericht gewonnen haben, werden die einzelnen Gerichte sehr aktiv! Leipzig hat verkündet, dass 2019 der letztmögliche Zeitpunkt ist, um den EU-Grenzwert für Stickstoffdioxid einzuhalten. So haben wir durch ein Zwangsvollstreckungsverfahren die Landesregierung von Baden-Württemberg dazu gezwungen, in der gesamten Stadt Stuttgart ein Dieselfahrverbot ab dem 1. Januar 2019 einzuführen. Mit einer weiteren Klage haben wir es geschafft, dass es 2019 auf Euro 5 Diesel ausgedehnt wird. In zwölf Städten haben wir ein Dieselfahrverbot bis November 2018 durchgesetzt – ich rechne damit, dass wir 2019 in den meisten hochbelasteten Städten Deutschlands großflächige Dieselfahrverbote durchsetzen. Das wird dazu führen, dass die schmutzigen Diesel-Pkw im großen Stil auf Kosten der Industrie nachgerüstet werden. Und wenn nicht, müssen sie draußen bleiben aus den Städten.

Wird es eine Verpflichtung der Dieselkonzerne zur Nachrüstung geben?

Wir haben es geschafft, dass die Bundeskanzlerin und die meisten Ministerpräsidenten unsere Forderung übernommen haben, dass die Autohersteller die Hardwarenachrüstungen finanzieren sollen. Allerdings hat die Bundesregierung nicht den Mut, die Hersteller zu verpflichten. Wir haben mit einem Rechtsgutachten gezeigt, dass es möglich ist, die Hersteller und die Importeure zur Zahlung von 5.000 Euro Geldbuße pro Fahrzeug mit Betrugsdiesel zu verpflichten. Hieraus lässt sich die Nachrüstung mehrmals finanzieren. Aber die Regierung hat nicht die Kraft und den Willen dazu.

Was muss passieren, damit die Bundesregierung sich bewegt?

Die Bundesregierung wird sich dann bewegen, wenn die Automobilindustrie es ihr erlaubt. Die Regierung ist in diesem Punkt nicht mehr souverän, die Automobilindustrie bestimmt die Politik in diesem Bereich. Die Regierungspolitiker werden sich erst dann bewegen, wenn sie wegen der Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs zur Zulässigkeit von Erzwingungshaft für Politiker und Behördenleiter das Recht beachten und Gerichtsurteile umsetzen.

Was bedeutet das?

Wir haben seit vier Jahren in München ein rechtskräftiges Urteil zur Durchsetzung der ‚Sauberen Luft‘. Vier von der DUH initiierte Zwangsvollstreckungen gegenüber der bayerischen Staatsregierung sind ins Leere gelaufen. Als Ultima Ratio verbleibt uns nur, erneut rechtliches Neuland zu beschreiten und die Zwangshaft für Ministerpräsident Söder und seinen Umweltminister zu fordern. Genau dies wird aufgrund eines Beschlusses des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs nun vom Europäischen Gerichtshof geprüft. Allein dies ist ein Erfolg für den Erhalt einer derzeit beschädigten Demokratie in unserem Land, den wir gar nicht hoch genug bewerten können.

Das sind große Worte.

Der Bayerische Verwaltungsgerichtshof hat in einem 41-seitigen Beschluss dargestellt, wie weit sich Deutschland von einer funktionierenden Demokratie entfernt hat. Einer der Kernsätze lautet, dass Deutschland nicht mehr über die Eingangsvoraussetzung für die Aufnahme als EU-Staat verfügt. Wir werden an der Frage der Luftreinhaltung in München und dem Widerstand der bayerischen Staatsregierung gegen ein rechtskräftiges Urteil eine Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs herbeiführen, die alle staatlichen Ebenen dazu bewegen wird, rechtskräftige Urteile ernst zu nehmen und umzusetzen.

Welche Auswirkungen hat das Urteil?

Jeder Bürger, jeder Verband wird dann die Möglichkeit haben, Bürgermeister, Behördenleiter oder auch Ministerpräsidenten mit Zwangshaft zu belegen, wenn sie sich rechtswidrig verhalten. Bisher ist dies nicht möglich. Die maximale Strafandrohung bisher sind 10.000 Euro Zwangsgeld, die der Staat an sich selbst zahlen muss. Darüber machen sich betroffene Politiker lustig, ich meine zu Recht. Durch unseren Kampf für die ‚Saubere Luft‘ findet über die europäischen Instanzen eine Reparatur unserer Rechtsordnung statt, die wesentlich für die Fernsteuerung der Regierungspolitik durch Industriekonzerne verantwortlich ist.

Ein vermintes Gelände, auf dem sich die DUH bewegt.

Wir kämpfen zunehmend nicht nur für den Fischotter, Abfallvermeidung oder saubere Luft, sondern für den Erhalt einer funktionierenden Demokratie. Es muss aufhören, dass in Deutschland wichtige Entscheidungen, Gesetze oder Absprachen zu deren Nichtanwendung in Hinterzimmern getroffen werden.

Hat die DUH Nachteile, seitdem sie klagt?

Die Automobilindustrie versucht, die DUH zu diskreditieren und so von der inhaltlichen Diskussion abzulenken. Gleichzeitig fordern die Konzerne, weder von den Behörden noch von Verbraucherverbänden geprüft zu werden. Es ist bezeichnend, dass ausgerechnet die eng mit den Autokonzernen verbundene CDU Nordwürttemberg gegen einen funktionierenden Rechtsstaat ankämpft und Verbänden wie der DUH den Zugang zu Gerichten erschweren möchte. Der Versuch, auf dem Bundesparteitag der CDU im Dezember 2018 den Entzug der Gemeinnützigkeit und Beschränkung des Zugangs der DUH zu Gerichten beschließen zu lassen, ist absurd.

Warum?

» Wir müssen erreichen, dass weniger Autos in den Städten fahren und Bahn, Tram und Bus ausgebaut werden. «

Ob Verbände wie die DUH gemeinnützig sind, wird regelmäßig von den Behörden überprüft. Das gleiche gilt für unseren Status als klageberechtigter Verband. Diese Prüfungen sind aus gutem Grund sehr gründlich und wir haben sie immer ohne Beanstandung durchlaufen. Aber es ist nicht die Aufgabe einer politischen Partei, über diese Fragen zu entscheiden. Die Beweggründe der Initiatoren sind dabei mehr als offenkundig: Wir kämpfen dafür, dass Rechtsfragen nicht länger in Hinterzimmern zwischen Autoindustrie und Spitzenpolitikern behandelt werden. Wir bringen sie mit unseren Klagen dorthin, wo eine Demokratie die Klärung von Rechtsfragen vorgesehen hat: Vor die Gerichte. Das scheint einigen Akteuren nicht zu passen.

Wie finanziert die DUH die Messungen und Klagen?

Durch Zuschüsse von Umweltstiftungen wie der Climate Works Foundation und Client Earth, unsere begleitende Kampagnenarbeit zu den Luftreinhaltelagen unterstützt außerdem die EU-Kommission über das LIFE Programm. Wir freuen uns ganz besonders, dass uns seit Beginn der Kampagne für saubere Luft immer mehr Menschen unterstützen. Darunter sind auch etliche Ärzte, die aus ihrer Praxis wissen, welche Auswirkungen Abgase auf Asthmakranke oder Kinder haben.

Und wie finanziert sich die DUH insgesamt?

Immer weniger durch Unterstützung aus der Industrie und immer stärker durch Spenden und Mitgliedschaften. Die Autoindustrie hat es mit Druck auf unsere Kooperationspartner geschafft, dass wir langjährige Kooperationspartner wie die Telekom verloren haben. Die wurden direkt aus der Autoindustrie angesprochen und gebeten, uns nicht weiter zu unterstützen. Deswegen ist der Anteil der Unterstützung aus der Wirtschaft auf zehn Prozent der Einnahmen zurückgegangen. Glücklicherweise können wir das kompensieren mit den Spenden von Menschen, die der Auffassung sind, dass wir eine wichtige Arbeit für die Umwelt und auch für die Erhaltung einer demokratischen Gesellschaft machen.

Bekommt die DUH Geld von Autoindustrie?

Bis Ende 2018 erhielt die DUH über 20 Jahre hinweg kleinere Spenden von Toyota, dieses Jahr waren es 30.000 Euro, das sind 0,3 Prozent unseres Budgets. Unsere Unabhängigkeit zeigt sich daran, dass wir beispielsweise bei einem Toyota Auris Diesel 1,4 Liter eine 5,1-fache Überschreitung des Stickoxid-Grenzwertes entdeckt und das auch veröffentlicht haben. In den letzten zehn Jahren sind wir zudem 47 Mal gegen Toyota vor Gericht gezogen. Wir behandeln Toyota also genauso wie andere Unternehmen.

Das politische Klima ist rauer geworden, wie sehen Sie die Arbeit der DUH als Umwelt- und Verbraucherverband in diesen Zeiten?

Ich glaube, dass die DUH gestärkt aus ihrem Einsatz für die saubere Luft hervorgeht und wir uns hoffentlich bald um weitere Luftschadstoffe und Quellen sowie eine Verschärfung der Grenzwerte kümmern können. Es ist doch absurd, dass wir seit Jahren keine Zeit haben, um für die dringend notwendige Verschärfung der Feinstaubwerte oder eben auch der Stickstoffdioxidwerte zu kämpfen und wir unsere Arbeitszeit darauf verwenden müssen, den Staat zu zwingen, seine Gesetze einzuhalten.



Die Zukunft blüht in der grünen Stadt

Bäume und Sträucher filtern Feinstaub aus der Luft und kühlen an heißen Sommertagen. Städte sind Rückzugsräume für Wildbienen, Schmetterlinge und andere Insektenarten. Und die Natur macht Menschen gesund und glücklich. Gute Gründe für uns, mit unseren Partnern in den Städten und Gemeinden die Natur in den Städten zu fördern. Wir sind stolz, dass unser Projekt „Urban NBS“ als Projekt der UN-Dekade Biologische Vielfalt ausgezeichnet wurde. Prädikat: „nachahmenswert für den Erhalt der biologischen Vielfalt“



» Erfahrungen und Erlebnisse in der Natur stärken die sozialen Kompetenzen. Kinder brauchen die Natur unbedingt für ihre persönliche und soziale Entwicklung «

Janos Wieland, Projektmanager
Kommunaler Umweltschutz

Hundsrose und Vogelbeeren am Parkplatzrand, Felsenbirne, Haselnuss und Oregano im Stadtpark locken Insekten und bieten Singvögeln einen Unterschlupf. Städte und Gemeinden stärken mit heimischen Sträuchern und Blumen die biologische Vielfalt und erhalten sie, wenn sie keine Pestizide einsetzen. Städte und Gemeinden kommt im Artenschutz eine ganz besondere Rolle zu. Sie sind entscheidende Rückzugsräume für Wildbienen, Schmetterlinge und viele andere Insektenarten. Nachtigallen, Heckenbraunellen, Amseln, Feldlerchen und Spatzen überleben, weil sie Brutplätze in den menschlichen Siedlungen finden.

Uns liegen die Tiere und die biologische Vielfalt am Herzen, doch natürlich sind wir den Menschen verbunden. Wir unterstützen die Städte und Gemeinden

daher seit vielen Jahren in ihrem Einsatz für die Natur in der Stadt. Die Menschen in den Städten profitieren vielfach von der Natur. Bäume, Sträucher und andere Pflanzen filtern Schmutzteilchen wie Feinstaub aus der Luft, sie kühlen an heißen Sommertagen und schwächen Hochwasser bei starken Regenfällen ab.

Die Parks, Gärten, Friedhöfe und Brachen sind die grünen Lungen der Städte. Sie helfen, damit Menschen sich an den Klimawandel anpassen können. Parks, Stadtwälder und andere natürliche Gebiete in einer Stadt bilden jedoch auch das soziale Rückgrat. „Erfahrungen und Erlebnisse in der Natur stärken die sozialen Kompetenzen. Und Kinder brauchen die Natur unbedingt für ihre persönliche und soziale Entwicklung“, sagt Janos Wieland, Projektmanager Stadtnatur

im Bereich Kommunalen Umweltschutz. Und der Aufenthalt in der Natur fördert die Gesundheit aller Menschen, wie Studien zeigen. Bäume und Sträucher in den Parks und Wäldern stärken Herz und Kreislauf und senken den Stresspegel von Menschen.

Natur macht Städte lebenswert

Für Menschen jeden Alters sind die grünen Räume in Städten weit mehr als reine Erholungsflächen. Es freut uns besonders, dass wir unsere langjährige Erfahrung in der Entwicklung von biologischer Vielfalt in Städten und Gemeinden mit unseren Partnern Bielefeld und Heidelberg in der Praxis weiterentwickeln. Gemeinsam mit dem Institut Wohnen und Umwelt und dem Leibnitz-Institut für ökologische Raumentwicklung erarbeiten wir Eckpunkte für die kommunalen Biodiversitätsstrategien und setzen sie in den Grünräumen der Städte um.

Uns liegen Tiere und die biologische Vielfalt am Herzen, doch natürlich sind wir den Menschen verbunden. Wir unterstützen die Städte und Gemeinden daher seit vielen Jahren in ihrem Einsatz für die Natur in der Stadt.

Aus den Erfahrungen in Heidelberg und Bielefeld leiten wir Handlungsempfehlungen für andere Städte und Gemeinden ab und geben sie in Workshops weiter. Mit unseren Partnern erarbeiten wir auch Leitlinien für kommunale Biodiversitätsstrategien, die wir den Städten und Gemeinden in einer Broschüre zur Verfügung stellen.

Wir unterstützen mit dem Projekt die Bundesregierung, die 2007 beschlossene Nationale Strategie zur biologischen Vielfalt (NBS) umzusetzen. Stolz sind wir, dass das Projekt „Urban NBS“ als offizielles Projekt der UN-Dekade Biologische Vielfalt ausgezeichnet wurde. Damit bestätigt die UN, dass unsere Idee „nachahmenswert für den Erhalt der biologischen Vielfalt“ ist. Das Bundesumweltministerium, das Bundesamt für Naturschutz und das Bundesforschungsministerium fördern das Projekt Urban NBS. Weitere Informationen finden Sie auf der Seite www.urban-nbs.de.

Mit unserem Know-how und unseren Erfahrungen unterstützen wir Kommunen, den Schutz der biologischen Vielfalt in allen Planungen einzubeziehen. In mehreren Workshops, wie zum Beispiel in Düsseldorf und in Magdeburg haben wir die Fachleute aus den Kommunen und den Bundesländern zusammengebracht. Die Experten aus den Bau- und Umweltressorts

haben diskutiert, wie sie die Natur in den Städtebau-Richtlinien und Förderungen stärker berücksichtigen können. Das Bundesamt für Naturschutz und das Bundesumweltministerium fördern das Projekt.

Naturschutz beginnt beim Wording. Das Bewusstsein, dass es beim Bauen auch um die Natur geht, muss fest verankert werden. So sollten die Begriffe Biologische Vielfalt und Aussagen über den Schutz der Natur und die Naturerfahrung schon in den Förderrichtlinien der Länder für den Städtebau auftauchen. Zudem schlagen wir vor, dass der Mangel an biologischer Vielfalt als städtebaulicher Mangel anerkannt wird. Und im Umkehrschluss die Förderung von Natur in der Stadt in das Bau-Gesetzbuch aufgenommen wird.

Lernort Natur auf dem Schulhof

Stadtwälder werden zum Klassenzimmer Natur, Schulhöfe wandeln sich zu Natur-Erfahrungsräumen. Wir unterstützen Schulen seit vielen Jahren darin, ihre Pausenhöfe naturnah zu gestalten. Wichtig für den erfolgreichen Wandel zum naturnahen Schulhof ist, dass SchülerInnen, LehrerInnen und Eltern sich zusammen einen Plan überlegen und dann gemeinsam umsetzen.

Unsere Erfolge in mehreren Bundesländern haben die Thüringer Umweltministerin Anja Siegesmund so überzeugt, dass sie mit der DUH den Wettbewerb „10 grüne Schulhöfe für Thüringen“ ausgerufen hat. Die Gewinner bekommen Geld für den Umbau und wir unterstützen sie in der Planung und Konzeption ihres Lernorts Natur auf dem Schulhof.

Pflanzen und ernten für die Integration

Menschen aus vielen Kulturen leben in Deutschland und kommen manchmal viel zu selten mit Einheimischen zusammen, wie wir finden. Wir fördern daher Gartenprojekte, in denen Geflüchtete und Einheimische gemeinsam graben, jäten, bauen und ernten. Denn wer zusammen Radieschen und Kichererbsen pflanzt, Marmelade aus Rosenblättern kocht und Kartoffelsalat schnippelt, lernt sich von vielen Seiten kennen.

„Geflüchtete bereichern die Gartenprojekte oft mit dem landwirtschaftlichen Wissen aus den Heimatländern, handwerklichem Geschick, Kochkünsten und dem Willen zum Anpacken. Das gemeinsame Gärtnern sorgt für Erfolgserlebnisse und die Gärtnerinnen und Gärtner erfahren Wertschätzung durch die Gemeinschaft“, sagt Silke Wissel. Mit Partnern aus anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen und mit finanzieller Unterstützung der Deutschen Bundesstiftung Umwelt fördern wir Gartenprojekte im Wettbewerb „Gärten der Integration“.



» Geflüchtete bereichern die Gartenprojekte oft mit dem landwirtschaftlichen Wissen aus den Heimatländern, Kochkünsten und dem Willen zum Anpacken. Das gemeinsame Gärtnern sorgt für Erfolgserlebnisse. «

Silke Wissel, Leiterin
Kommunaler Umweltschutz



»Wir knüpfen gesellschaftliche Bündnisse für den Umweltschutz«

„Wir klagen für das Recht auf sauberes Wasser und stützen uns auf die EU-Nitratrichtlinie, die Deutschland seit 27 Jahren nicht korrekt umsetzt“, sagt Bundesgeschäftsführer Sascha Müller-Kraenner. Er sieht „dramatische Verluste bei Insekten und anderen Arten, die entscheidend für die Stabilität der Ökosysteme sind.“

Hauptverursacher dafür ist eine intensive Landwirtschaft. Müller-Kraenner fordert die Bundesregierung auf, „Pestizide zu reduzieren und in sensiblen Gebieten auch zu verbieten.“

Deutschland muss sich mächtig anstrengen, um beim Klimaschutz voranzukommen. Hilft Sektorenkopplung dabei?

Sascha Müller-Kraenner: Zuerst brauchen wir mehr Strom aus erneuerbaren Energien. Wir müssen deutlich mehr Windräder und Photovoltaik-Anlagen zubauen als bisher, sonst fehlt uns die Energie, um auch Verkehr und Wärme CO₂-frei zu machen und gleichzeitig Kohle und Atom zu ersetzen. Dazu kann Sektorenkopplung beitragen.

Die scheitert bislang oft an Effizienz und Wirtschaftlichkeit.

Wir von der DUH treten deswegen dafür ein, dass es eine CO₂-Abgabe gibt für Energieträger wie Gas und Öl. Mit den Einnahmen müssen soziale Härten vermieden und neue Technologien gefördert werden. Umweltfreundliche Technologien wie die Wärmepumpe, aber auch E-Mobilität wären dann wettbewerbsfähiger im Vergleich zu fossilen Varianten. Voraussetzung ist aber immer, dass wir erstmal mehr Erneuerbare haben.

Kann man von den Erfolgen der Erneuerbaren im Stromsektor lernen und Ideen übertragen?

Das EEG mit Einspeisevorrang und der kalkulierbaren Vergütung hat eine beispiellose Technologieentwicklung ermöglicht. Etwas Vergleichbares brauchen wir auch für die anderen Bereiche, um die Kosten zu senken. Die Markteinführung muss angeschoben werden.

Der Weltklimarat hat im Oktober 2018 erneut größere Anstrengungen im Klimaschutz gefordert.

Die sind notwendig, wenn wir die Wissenschaft ernst nehmen. Wir als DUH setzen uns dafür ein, dass Deutschland zu 100 Prozent

erneuerbar wird – als Zwischenschritt 65 Prozent erneuerbarer Strom bis 2030. Der erneuerbare Strom aus Photovoltaik und aus Wind ist inzwischen konkurrenzlos billig. Viel Strom muss von den Windkraftanlagen an der Küste in die industrialisierten Zentren kommen. Die DUH setzt sich deswegen für den naturverträglichen Netzausbau ein.

Das erste Jahr der Legislaturperiode ist für den Klima- und Umweltschutz ohne Ergebnis verstrichen.

Die Veränderungen müssen mehr denn je aus der Gesellschaft heraus kommen. Die regierenden Parteien sind im Moment nicht in der Lage, Reformen im Klimaschutz oder Naturschutz voranzubringen.

Wie schafft es die DUH, dass diese Themen lebendig bleiben?

Wir knüpfen gesellschaftliche Bündnisse, um zu zeigen, dass Wirtschaft, Wissenschaft, Gewerkschaften und Kirchen bis hin zu den Umweltverbänden bereit sind. Dort, wo wir Missstände sehen, beschreiten wir auch den Rechtsweg. Es kommt ja darauf an, das geltende Recht im Umwelt- und Verbraucherschutz auch zu kontrollieren und einzuhalten.

Klingt nicht so, als sei vom Umweltvorreiter Deutschland noch viel übrig ...

Da wundert man sich manchmal, gerade bei Vorgaben aus Brüssel, die ja mühsame Kompromisse sind zwischen 28 europäischen Ländern und an denen auch schon Lobbyisten herumgezerrt haben. So entstehen Gesetze zum Trinkwasserschutz oder zur Energieeffizienz, die nicht die wissenschaftlich erforschten Notwendigkeiten

widerspiegeln. Die Bundesregierung hat zugestimmt – trotzdem werden die Dinge dann hier nicht umgesetzt.

Aber mit dem Finger nach Brüssel gezeitigt.

Es ist nicht wahr, dass Brüssel an allen Misständen schuld ist. Zumeist verhält es sich umgekehrt. Beim Trinkwasserschutz und dem Schutz vor Nitrat haben wir die interessante Situation, dass der Europäische Gerichtshof Deutschland verurteilt hat und die DUH zum selben Thema Klage eingereicht hat. Wir greifen dieselben Themen auf, die auch die EU als Versäumnisse in der deutschen Politik sieht.

Die DUH klagt gegen die Bundesregierung für das „Recht auf sauberes Wasser“. Warum?

Wir wollen erreichen, dass Deutschland die seit 27 Jahren geltende Nitratrichtlinie korrekt umsetzt und der Nitratgrenzwert für die Belastung des Grundwassers und des Trinkwassers eingehalten wird. Deutschland bringt zu viel Nitrat auf die Äcker. In rund einem Viertel der Messstellen in landwirtschaftlichen Gebieten werden die Grenzwerte für Nitrat im Grundwasser überschritten.

Was fordert die DUH?

Wir fordern die Bundesregierung auf, ein Aktionsprogramm zum Schutz von Gewässern gegen Nitratreinträge aus der Landwirtschaft zu verabschieden. Die seit 1991 bestehende Nitratrichtlinie verlangt das ebenfalls. Das Düngerecht reicht nicht aus, Baurecht oder Immissionsschutzrecht für den Bau von Massentierstallungen müssen ebenfalls angepasst werden.

Was hat die Massentierhaltung mit Nitrat zu tun?

Hauptursache des Nitratreintrags ist die industrielle Massentierhaltung – und die ist gigantisch gewachsen. Ein Aktionsprogramm zum Schutz des Wassers vor Nitrat muss deswegen aus einer Reihe von Maßnahmen bestehen, die dazu führen, dass Deutschland eine nachhaltige, naturverträgliche Landwirtschaft entwickelt.

Wieso hält Deutschland nicht mal seine eigenen Grenzwerte ein?

Deutschland war mal Umweltvorreiter in Europa bis Anfang der 1990er Jahre. Seitdem haben Teile der Politik mit Teilen der Wirtschaft in Brüssel für ein wirtschaftsfreundliches Vorgehen gesorgt. Dabei haben Unternehmen der erneuerbaren Energien, die Biolandwirtschaft oder Wasserwirtschaft großes Interesse an Umweltstandards. Die Bundesregierung vertritt jedoch systematisch die Interessen der exportstarken Branchen, wie Automobil- und Chemieindustrie und auch der Fleischindustrie. Deutschland ist zu einem Großexporteur von Schweinefleisch und Geflügel geworden. Die Produktionszuwächse sind auf Kosten der Umwelt erzielt worden und die Umsetzungsdefizite beim Gewässerschutz hat die Regierung in Kauf genommen.

In Kauf genommen klingt nett.

Der Gesetzgeber und die Kontrollinstanzen haben sich über Umwelt und Gesetze hinweggesetzt. Die Wasserwerke weisen seit Jahren darauf hin, dass es Grenzwertüberschreitungen gibt, auch in Trinkwasserschutzgebieten. Das führt dazu, dass Brunnen geschlossen

oder verlegt werden müssen und das Wasser aufbereitet werden muss. Alles kostspielig, bezahlt vom Verbraucher.

Die industrielle Landwirtschaft ist auch hauptverantwortlich für das Insektensterben.

Ja, und auch in anderen Artengruppen beklagen wir dramatische Verluste in der Vielfalt und in der Menge der Tiere und Arten. Kleine Krebse, Schnecken, Würmer, Bodenbakterien sind weniger sichtbar, aber nicht weniger wichtig für die Stabilität der Ökosysteme. Nicht die einzige Ursache, aber die Hauptursache ist eine industrielle Landwirtschaft. Hier geht es nicht nur um Glyphosat.

Was schlagen Sie vor?

Ein nationales Pestizid-Reduktionsprogramm. Der Gesamteintrag von Pestiziden muss reduziert werden, in sensiblen Gebieten müssen sie verboten werden. Für eine Zulassung der Pestizide sollen nicht nur Honigbienen untersucht werden, sondern auch was das für Amphibien, Kleinkrebse, Fadenwürmer bedeutet. Ganz wichtig ist auch ein marktwirtschaftlicher Anreiz: Der Einsatz von Pestiziden muss mit einer Abgabe belegt werden, mit der Naturschutzprogramme in der Landwirtschaft bezahlt werden.

Lassen Sie uns noch über die Fischereiwirtschaft reden. Für gesunde Fischbestände im Meer sind Sie ins Wasser gesprungen und prangern illegale Rückwürfe von Fischereischiffen an. Warum?

Je nach Fischart werden bis zu einem Drittel der Fische an Bord aussortiert und zurückgeworfen. Die Fischer haben Fangquoten, können die kleineren Fische nicht gebrauchen, sind aber verpflichtet sie anzulanden. Um die Quoten nicht mit dem Beifang zu füllen, werfen Fischer sie zurück. In den Netzen sind die Fische zerquetscht und kommen als Abfall ins Meer.

Mit der Aktion „Stoppt Rückwürfe“ sind Sie explizit in die sozialen Medien gegangen. Kam die Botschaft an?

Ja, sogar sehr gut. Schauspielerinnen und Schauspieler und Partner der DUH wie die Bodensee-Stiftung sind reingesprungen. Und wir sind viel darauf angesprochen

worden. Die meisten Menschen haben zum ersten Mal von Fisch-Rückwürfen gehört. Sie haben intuitiv verstanden, dass so etwas nicht geht. Der Fisch, der auf unserem Teller landet, sorgt für Zerstörung der Meeresökosysteme weltweit und das lehnen die meisten moralisch ab.

Wie können Rückwürfe gestoppt werden?

Auf den industriellen Fischereischiffen müssen Kameras überwachen, ob alles ordentlich verarbeitet wird oder illegal zurückgeworfen wird.

So einfach? Was können Verbraucherinnen und Verbraucher machen?

Nur zertifizierten Fisch kaufen, manche Arten gar nicht und weniger Fisch essen. Fisch ist etwas Besonderes und keine Massenware. Und wir appellieren auch an die Menschen als Wählerinnen und Wähler. Die Politik beachtet diese Themen nur, wenn es in der Bevölkerung den entsprechenden Druck gibt.

» Die Veränderungen müssen aus der Gesellschaft kommen. In unseren Bündnissen zeigen wir, dass Wirtschaft, Wissenschaft, Gewerkschaften und Umweltverbände dazu bereit sind. «



» Das Ergebnis der Bürgermessungen lässt nur einen Schluss zu: Deutschland muss Lösungen finden, die in der Fläche wirken und nicht nur rund um die bekannten Brennpunkte. Nur dann verringert sich die Belastung der Luft, die von Dieselfahrzeugen ausgeht. «

Dorothee Saar,
Leiterin Verkehr und
Luftreinhaltung



Luftthoheit für die Gesundheit

Die DUH setzt das Recht auf saubere Luft in sehr vielen Städten durch. Oberste Richter stellen fest, dass Deutschland bis Ende 2019 alles dafür tun muss, die Grenzwerte für Stickoxide einzuhalten. Und seitdem hunderte Menschen vor ihrer Haustür Stickstoffdioxid gemessen haben, ist klar: Deutschland hat ein flächendeckendes Problem mit den Abgasen aus Dieselaautos

Dieselaabgase verschmutzen landauf-landab die Luft, haben hunderte Bürgerinnen und Bürger während unserer Aktion „Decke auf, wo Atmen krank macht“ herausgefunden. Mit Stickstoffdioxid-Messgeräten, sogenannten Passivsammlern, haben sie in ihren Heimatorten die Luft untersucht und haben festgestellt, dass auch in kleinen Städten die Stickoxide gesundheitsbedenkliche Konzentrationen annehmen können. Von Neubrandenburg in Mecklenburg-Vorpommern bis Waldshut-Tiengen an der Schweizer Grenze haben die Menschen den Stickstoffdioxid-Gehalt (NO₂) in der Luft gemessen.

In sehr vielen Städten fanden die Bürgerwissenschaftlerinnen gesundheitlich bedenkliche Belastungen mit NO₂. Und in einer Menge Städte wie Oberursel, Trostberg, Alsfeld, Marburg haben sie Stickstoffdioxid-Werte über dem Grenzwert von 40 Mikrogramm NO₂ pro Kubikmeter Luft gemessen.

Die Citizen Science Aktion zeigt, dass die hohe Konzentration von NO₂ in der Atemluft ein flächendeckendes Problem in Deutschland ist. Hauptverantwortlich für Stickstoffdioxid in der Luft sind Dieselmotoren. NO₂ schädigt die Lungen, macht anfällig für Asthma und Herz-Kreislauf-Krankheiten.

Vor allem Kinder und Menschen mit geschwächtem Immunsystem sind anfällig für von NO₂-begünstigte Atemwegserkrankungen. Die Weltgesundheitsorganisation und die Europäische Umweltagentur warnen beständig vor den Gefahren der Luftverschmutzung. Die EU rechnet mit 12.860 vorzeitigen Todesfällen in Deutschland, weil die Menschen den Stickoxid-Abgasen ausgesetzt waren.

Gerichte stellen fest: Zur Luftreinhaltung gehören auch Fahrverbote für Dieselaautos

Die Bürger schließen mit ihren Messungen die Lücken, die die amtlichen Messstellen lassen. Die Behörden messen in ganz Deutschland mit 247 verkehrsnahen Stationen in 146 Städten und Gemeinden die Luft. Das bedeutet: In 99 Prozent der 11.092 Städte und Gemeinden gibt es keine Messstationen. Ohne offiziellen Messwert haben die Menschen aber keine Handhabe, um wirksame Verbesserungen von den Kommunen einzufordern.

Wir haben die Daten der Bürgerinnen und Bürger mit den Ergebnissen weiterer Messaktionen und den Passivsammlerdaten des Umweltbundesamts auf einer Karte zusammengefügt. „Das Ergebnis lässt nur einen Schluss zu: Deutschland muss Lösungen finden, die in der Fläche wirken und nicht nur rund um die bekannten Brennpunkte. Nur dann verringert sich die Belastung der Luft, die von Dieselfahrzeugen ausgeht“, sagt Dorothee Saar, Leiterin des Bereichs Verkehr und Luftreinhaltung. Mittlerweile haben Gerichte in Hamburg, Berlin, München und vielen weiteren Städten festgestellt, dass die Städte ihre Luftreinhaltungspolitik verbessern müssen und dazu auch Fahrverbote für Diesel-Pkw einbeziehen müssen.

Unserem Ziel, bis 2020 die Luft in den Städten sauberer zu bekommen, sind wir also ein großes Stück nähergekommen. Grundlage der Entscheidungen in den Städten ist ein Urteil des Bundesverwaltungsgerichts in Leipzig: Die obersten Verwaltungsrichter haben am 27. Februar 2018 in einem Grundsatzurteil beschlossen, dass 2019 der EU-weit gültige Jahresmittelwert von 40 Mikrogramm NO₂ pro Kubikmeter Luft (µg/m³) eingehalten werden muss. Die zuständigen Behörden müssen also alles daransetzen, den seit 2010 rechtlich verpflichtenden und EU-weit geltenden Grenzwert für NO₂ nicht zu überschreiten und dazu auch Fahrverbote für Dieselfahrzeuge einbeziehen.

Die Gerichte geben der DUH Recht, dass der Staat die Luftreinhaltungsgesetze missachtet und sich entschieden besser für die Luftqualität einsetzen muss. In München haben wir bereits vor vier Jahren gerichtlich geklärt, dass die Stadt den Luftreinhaltungsplan ändern muss, einschließlich der Festlegung

von Fahrverboten. Die politisch Verantwortlichen in München, in der Regierung von Oberbayern und in der bayerischen Staatsregierung unternehmen jedoch nichts.

Das wollen auch die zuständigen Gerichte nicht länger hinnehmen und lassen daher vom Europäischen Gerichtshof prüfen, ob das Mittel der Zwangshaft für die politisch Verantwortlichen in Bayern zur Anwendung kommen kann (lesen Sie dazu auch das Interview mit Jürgen Resch auf S. 8). Bis Mitte 2019 rechnen wir mit einem Urteil. Der 41-seitige Beschluss des Bayerischen Verwaltungsgerichtshof liest sich wie ein zeitgeschichtliches Dokument zur Verfassung der Demokratie und steht auf unserer Internetseite www.duh.de.

Die DUH hat maßgeblich den Betrug der Autokonzerne aufgedeckt.

Mit unseren Abgasmessungen zeigen wir, dass nach wie vor Dieselaautos verkauft werden, die auf der Straße zu viele Schadstoffe ausstoßen.

Saubere Luft ist eines der Kernthemen der DUH. Seit Beginn unserer umweltpolitischen Arbeit kämpfen wir für wirksame Grenzwerte und deren Einhaltung. 2007 haben wir das „Recht auf saubere Luft“ vor dem Europäischen Gerichtshof eingeklagt. Nicht nur NO₂ steht dabei im Fokus unserer Arbeit, sondern auch Feinstaub. Neben dem Straßenverkehr sind Holzfeuerungen eine wesentliche Quelle. In den zwei von der EU-geförderten Kampagnen „Right to Clean Air“ und „Clean Heat“ setzen wir uns für saubere Luft ein.

Die Deutsche Umwelthilfe hat maßgeblich den Betrug der Autokonzerne aufgedeckt. Sie haben Millionen Dieselaautos mit Abgasreinigungsanlagen verkauft, die nur im Labor und nicht auf der Straße funktionieren. Mit unseren Abgasmessungen zeigen wir, dass nach wie vor Dieselaautos verkauft werden, die auf der Straße viel zu viele Schadstoffe ausstoßen. Unsere Messungen belegen, dass die von der Regierung angeordneten Softwareupdates vor allem im Winter faktisch keinen Effekt zeigen. Die drohenden Fahrverbote könnten für viele Fahrzeughalter vermieden werden, wenn endlich, wie seit Anfang 2016 von uns eingefordert, wirksame Hardwarenachrüstung verfügbar wären. Es ist ein Armutszeugnis für die Bundesregierung, die es auch nach drei Jahren Dieselskandal nicht schafft, die Autokonzerne zu einer funktionierenden Hardware-Nachrüstung der schmutzigen Betrugs-Diesel zu verpflichten.

» Unserem Ziel, bis 2020 die Luft in den Städten sauberer zu bekommen, sind wir ein großes Stück nähergekommen. «

Dorothee Saar

»Gegenwind gehört dazu«



Die Wärmewende wird gelingen, wenn Sozialverträglichkeit und Klimaschutz zusammengedacht werden, sagt Barbara Metz, Stellvertretende Bundesgeschäftsführerin der DUH. Sie kämpft für „eine gerechte Kostenverteilung der energieeffizienten Sanierung zwischen Mietern, Eigentümern und dem Staat.“

Um den Umwelt- und Klimaschutz weiterzubringen geht sie Kooperationen ein. „Wir bilden Netzwerke, um der Macht der Konzerne etwas entgegen zu setzen.“

Frau Metz, das politische Klima in Deutschland ändert sich, rechte Parteien haben Zulauf, die Volksparteien erodieren, die Grünen legen zu. Merken Sie in Ihrer Arbeit für den Umwelt- und Verbraucherschutz diese Veränderung im politischen Klima?

Barbara Metz: Ich sehe eine große Gefahr, dass der Umweltschutz weiter abgedrängt wird. Der Nationalismus und die Leugnung des Klimawandels sind eng verknüpft. Deswegen stärken wir die Netzwerke, die die Idee eines friedlichen, solidarischen und humanen Europas aufrechterhalten. Gegenwind gehört dazu, solange er nicht an den Grundfesten unseres demokratischen Staates rüttelt.

Haben es Umwelt- und Naturschutz heute schwerer als zu Beginn der Umweltbewegung?

Was die politische Rahmensetzung der Regierungsparteien angeht, sind wir im Umwelt- und Klimaschutz gerade auf Talfahrt. Allerdings zeigt das Erstarken der Grünen, dass die Menschen wahrnehmen, dass da etwas schief läuft und gegenhalten wollen. Aber auch Klagen werden wichtiger, um geltendes Recht durchzusetzen. Oft führt der einzige Weg über die Gerichte, um Regierung und Konzerne zur Einhaltung von Gesetzen zu bewegen.

Die DUH klagt und wird dafür angegriffen.

Wir werden dafür kritisiert, dass wir in Millionenhöhe von der

Bundesregierung gefördert werden und dennoch gegen sie klagen. Mal davon abgesehen, dass wir die Klagen aus anderen Mitteln finanzieren: Wir sind eine gemeinnützige Organisation und handeln nach den entsprechenden Statuten. Es ist unsere Pflicht, uns als Teil der Zivilgesellschaft in die politische Debatte einzumischen. Wenn der Staat nur noch die finanziert, die nichts gegen den Staat sagen, gibt es kein Korrektiv mehr – keine Demokratie.

Leistet sich der Staat die Umweltschutzverbände, damit sie mit kleinen Schritten umsetzen, was die Regierung auf internationalen Konferenzen beschlossen hat?

Uns sagen Vertreter aus Politik und Regierung: Es ist essentiell, dass es Verbände gibt, die den Finger in die Wunde legen und politisches Handeln einfordern. Gerade jetzt ist das unangenehm, denn die DUH kommt nicht nur mit verbalen Attacken, sondern mit juristischen Klagen und kann sich damit auch

noch durchsetzen. Damit halten wir die Diskussion am Laufen, die viele Leute gern beenden würden.

Da könnten Sie nach dem Dieselskandal bei den Angaben der Autokonzerne zu den Spritverbräuchen und CO₂-Emissionen weitermachen. Droht der nächste Auto-Skandal?

Aus dem Dieselskandal hat die Bundesregierung offenbar nichts gelernt. Die CO₂-Grenzwerte für Pkw-Flotten werden nur auf dem Papier eingehalten – real steigen die CO₂-Emissionen anstatt zu

» Wir halten die Diskussion im Umwelt- und Klimaschutz am Laufen, die viele Leute in Politik und Wirtschaft gern beenden würden. «

sinken. Vor rund zehn Jahren lagen die Abweichungen zwischen den Angaben der Hersteller und dem realen Verbrauch bei 9 bis 10 Prozent, inzwischen sind die Konzerne bei durchschnittlich 42 Prozent gelandet. Den meisten Leuten ist völlig klar, dass die Industrie falsche Spritverbrauchsangaben macht und das wird von vielen als Betrug wahrgenommen.

Ein neuer Prüfzyklus ist seit 2018 gesetzlich vorgeschrieben. Kann der das Problem lösen?

Nein, weil es ein strukturelles Problem ist. Der neue Prüfzyklus wird nur im Labor durchgeführt und ist damit manipulierbar. Die Werte müssen auf der Straße kontrolliert werden, durch unabhängige Institutionen. Verstöße müssen spürbar sanktioniert werden. Ganz offenkundig wird all das nicht gemacht, weil die deutsche Autoindustrie darauf setzt, große Spritschlucker zu verkaufen und gleichzeitig sicherstellen will, dass auf dem Papier die CO₂-Grenzwerte für Pkw eingehalten werden. Denn ansonsten drohen hohe Strafzahlungen.

Kann die Politik diese Fehlewicklungen ändern?

Könnte schon, aber das System ist korrupt. Die Verbindungen zwischen Politik und Industrie sind extrem engmaschig. Der Dieselskandal offenbart das strukturelle Problem, das nicht nur das Zusammenspiel der Autoindustrie mit der Politik betrifft.

Denken Sie dabei an eine konkrete Branche?

Nehmen Sie die Immobilienwirtschaft. Die Mieten in den Ballungszentren werden immer teurer. Das betrifft sowohl Menschen mit niedrigem Einkommen oder Hartz IV als auch den Mittelstand. Die Immobilienwirtschaft behauptet, dass vor allem Klimaschutz und die energetische Gebäudesanierung die Mieten nach oben schrauben. Für den Neubau argumentieren sie, man müsse die Anforderungen an Energieeffizienz runterfahren, um bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Beides ist falsch. Leider haben es derartige Argumentationen in den Koalitionsvertrag geschafft und stehen nun einer Weiterentwicklung der energetischen Anforderungen für mehr Klimaschutz im Wege.

Die Mieten steigen und die Gebäudesanierung kommt nur sehr, sehr langsam voran.

In Deutschland fehlt eine klare Haltung der Regierung pro Wärmewende – über Legislaturperioden hinweg. Das ewige Zögern bei der steuerlichen Förderung von energetischen Sanierungsmaßnahmen oder ein Baukindergeld, das komplett am Problem vorbeigeht, schafft kein Vertrauen in der Immobilienwirtschaft, die ja sehr lange Investitionszyklen hat. Dass es anders geht, zeigen die skandinavischen Länder oder auch Österreich. Die Stadt Wien kann mit 7,50 Euro für den Quadratmeter bezahlbare Mieten gewährleisten. Davon können Münchner, Berliner oder Frankfurter nur träumen.

Weil die Wohnungen in den großen Städten privaten Investoren gehören?

In Deutschland wurde in den 1990er Jahren zur Haushaltssanierung viel staatlicher Wohnungsbestand auf den Markt gegeben. Der Markt regelt das, hieß es. Und es stimmt, der Markt regelt es für diejenigen, die investieren können, denn man kann hier viel Geld verdienen. Die attraktiven Wohngebiete sind denjenigen mit den überdurchschnittlichen Einkommen vorbehalten. Eine solche Entwicklung halte ich für äußerst bedenklich.

Was muss passieren?

Der Staat müsste seiner gesellschaftlichen Verantwortung nachkommen und Wohnraum schaffen, der in staatlicher Hand bleibt. Nur dann hat er Einfluss auf das Preisniveau.

Stattdessen schützt der Staat die privaten Wohnungsgesellschaften sogar mit dem Steuerrecht.

Ja, indem die privaten Wohnungsgesellschaften sogenannte share deals tätigen: Die Wohnungen werden in Gesellschaften ausgelagert, die Wohnungsgesellschaften kaufen Anteile von 94, 95 Prozent daran und sparen mit diesem Trick die Gewerbesteuer. Damit entgehen Städten Steuern in Millionenhöhe, die sie für sozialen Wohnungsbau einsetzen könnten. Den Preis zahlen die Menschen und die Umwelt.

Bleibt der Klimaschutz auf der Strecke?

Häufig bedeutet die Sanierungsankündigung, dass die Mieten steigen. Schuld daran ist ein nicht mehr zeitgemäßes Mietrecht. Eine gerechte Kostenverteilung zwischen Mietern, Eigentümern und dem Staat ist entscheidend, wenn man eine sozialverträgliche und klimaverträgliche Lösung finden möchte. Eine Wärmewende wird nicht gelingen, wenn man Sozialverträglichkeit und Klimaschutz gegeneinander ausspielt.

Wie setzen Sie Ihre umweltpolitischen Themen in so einem Klima um?

Diskussionen über Zukunftsszenarien finde ich weniger spannend, als zu überlegen:

Mit wem müssen wir heute sprechen, damit wir etwas bewegen können? Wir sind häufig auf Veranstaltungen oder laden zu eigenen Runden ein, wo wir mit der Industrie und Akteuren aus Politik und Wissenschaft diskutieren. Wir arbeiten außerdem eng mit Institutionen wie dem Deutschen Mieterbund zusammen.

Ist Deutschland noch vorn im Umwelt- und Klimaschutz?

Die Vorreiterrolle hat Deutschland lange verloren – leider. Dennoch bin ich optimistisch, dass sich das wieder ändern kann. Die Arbeit der DUH trägt dazu bei, indem wir uns dafür einsetzen, dass Umweltgesetzgebung ernst genommen wird in Deutschland – im Zweifel per Gerichtsurteil. Aber wir bilden auch Netzwerke und Kooperationen, um der Macht der Konzerne etwas entgegen zu setzen. Wir sind ja nicht die letzten Verbliebenen mit glaubwürdigen Positionen. Und es kommen Leute nach. Auch in der Politik.

» Die Vorreiterrolle im Umweltschutz hat Deutschland verloren – leider. Dennoch bin ich optimistisch, dass sich das ändern kann. Die Arbeit der DUH trägt dazu bei, indem wir uns dafür einsetzen, dass Umweltgesetzgebung ernst genommen wird – im Zweifel per Gerichtsurteil. «
.....



Wir überwachen die sinnvollen Gesetze für Umwelt und Verbraucher

Umweltschutz und Verbraucherrechte gehören zusammen wie das Energiesparlabel und der Kühlschrank. Bei unseren Stichproben in Werbemedien und in Geschäften finden wir jedoch zu oft, dass Hersteller und Händler die Kennzeichnungspflicht über den Energieverbrauch nicht einhalten. Ob es um Autos, Waschmaschinen, Raumklimageräte, Reifen oder Fernseher geht – wir halten die Rechte zum Schutz von Umwelt und Verbrauchern zusammen

Die DUH setzt sich gleichermaßen für die Rechte der Verbraucher wie für den Schutz der Umwelt ein. Mensch und Natur gehören zusammen und deshalb sind wir überzeugt, dass Umwelt- und Verbraucherschutz in einer hochindustrialisierten Konsumgesellschaft nicht voneinander zu trennen sind. Millionen von Verbrauchern entscheiden schließlich darüber, ob sich energieeffiziente, klimafreundliche und umweltverträgliche Produkte und Dienstleistungen auf dem Markt durchsetzen. Um die zu fördern, hat die EU bedeutende Vorschriften für Energieeinsparung und Kennzeichnungspflichten für Fernseher, Lampen, Kühlschränke, Waschmaschinen, Klimageräte und andere Haushaltsgeräte erlassen.

Alles sinnvolle Gesetze und als eingetragener Umwelt- und Verbraucherschutzverein nehmen wir die Verpflichtung sehr ernst, sie durchzusetzen. Das Bundesamt für Justiz hat die DUH als „qualifizierte Einrichtung“ anerkannt. Das bedeutet: Die DUH ist als Umwelt- und Verbraucherschutzverband autorisiert, gegen die Wettbewerbsverstöße von Industrie, Handel und Dienstleistern zu klagen. Leider müssen wir das immer öfter machen. Die Behörden in den Bundesländern unternehmen wenig bis nichts, wenn Unternehmen gegen die Umwelt- und Verbraucherschutzgesetze verstoßen. Jedes Jahr fragen wir die Länder, wie sie die Kennzeichnungspflichten für den Energieverbrauch und die anderen umweltrelevanten

Verbraucherrechte überwachen. In sieben Bundesländern droht Herstellern und Händlern bei festgestellten Verstößen statt Bußgeldern höchstens eine freiwillige Nachbesserung. Immerhin spornen unsere Rankings den Ehrgeiz der Länder an: Sie melden uns stolz, wenn sie sich verbessert haben.

Die EU möchte erreichen, dass die Verbraucherinnen und Verbraucher vor dem Kauf wissen, wieviel Strom ein Gerät oder wieviel Sprit ein Auto verbraucht. Nur dann können sie sich für ein energiesparsames Gerät entscheiden und zum Umweltschutz beitragen. Mit diesem marktwirtschaftlichen Ansatz will die EU die Industrie dazu bringen, sparsame Geräte zu entwickeln und die Energiefresser vom Markt zu nehmen. Dieselbe Logik steckt auch im Energiepass für Gebäude: Immobilienmakler, Haus- und Wohnungsbesitzer müssen die Energieeffizienz ihrer Immobilien belegen.

Filme von Autokonzernen auf Youtube sind Werbung und keine Doku

Alles sinnvolle Gesetze, die Hersteller und Händler leider nicht ausreichend umsetzen, wie wir landauf-landab feststellen. Mit klarer Kennzeichnung sollen auch die Käufer von Autos und Reifen in die Lage versetzt werden, ein spritarmes Auto oder effiziente Reifen zu kaufen. Die Hersteller von Reifen müssen deshalb die Daten zur Kraftstoffeffizienz angeben – und zwar korrekt. Was dem gesunden Menschenverstand entspricht, mussten wir im Falle eines japanischen Reifenherstellers einklagen. Die Firma hatte Reifen als „kraftstoffsparend“ angepriesen, obwohl sie nur die Effizienzklasse F besitzen.

Das Landgericht Düsseldorf stellte in seiner Urteilsbegründung fest: „Umweltbezogene Werbung ist (...) mit einer erhöhten Irreführungsgefahr verbunden und deshalb nach strengen Maßstäben zu beurteilen.“

Autohersteller sind verpflichtet, den Kraftstoffverbrauch und den damit verbundenen CO₂-Ausstoß deutlich sichtbar in ihrer Werbung anzugeben. Auch die Videos der Autokonzerne auf dem YouTube-Kanal sind Werbung, hat der Europäische Gerichtshof nach einer Klage der DUH festgestellt. Die DUH hatte schon 2014 den Autohersteller Peugeot wegen fehlender Angaben zum Kraftstoffverbrauch und zu den CO₂-Emissionen in einem Werbevideo auf seinem YouTube-Kanal abgemahnt. Peugeot fand, dass sein YouTube-Kanal ein „audiovisueller Mediendienst“ sei und unter eine Ausnahmeregelung der Energieverbrauchskennzeichnungspflicht für Autos (Pkw-EnVKV) fällt. Die sagt: Hersteller können in Werbespots im Radio und audiovisuellen Mediendiensten wie dem Fernsehen die Umweltinformationen weglassen. Die DUH vertrat die Auffassung, dass der YouTube-Kanal eines Autokonzerns nicht fernsehähnlich sei, sondern

der Absatzwerbung diene. Und so sieht das auch der Europäische Gerichtshof (EuGH Az C-132/17).

Gerichtsentseide bestätigen die Arbeit der DUH

Die DUH schaut Industrie und Handel auf die Finger. Wir werden dafür kräftig angegriffen und oft gipfelt der Vorwurf in dem Wort „Abmahnverein“. Ja, wir nehmen sie ernst, die Verstöße gegen die Kennzeichnungspflichten für die Geräte des täglichen Nutzens. Fast täglich rufen Verbraucherinnen und Verbraucher bei Agnes Sauter und ihren Kolleginnen und Kollegen im DUH-Bereich Marktüberwachung und Verbraucherschutz an. Sie berichten davon, dass sie in Baumärkten, Küchenstudios und Einkaufszentren, in Social Media-Posts und in Postwurfsendungen die Angaben zu Strom- und Spritverbrauch von Produkten vermissen. Mal fehlen die Verbrauchsangaben bei einem neuen Kühlschrank, mal verbannt ein Autohändler die Spritverbrauchsangaben auf Knöchelhöhe am Verkaufspodest. Die DUH mahnt in rund 30 Fällen pro Woche Unternehmen ab. Sauter und ihr Team fordern die Firmen dann auf, die Umwelt- und Verbraucherschutzbestimmungen nicht länger zu verletzen. Zudem müssen die Unternehmen erklären, die abgemahnten Verstöße nicht zu wiederholen.

Einige Unternehmen machen nichts. Die DUH geht dann vor Gericht, um die Gesetzesverstöße rechtskräftig zu beenden. Rund 400 Gerichtsverfahren im Jahr führt die DUH für den Umwelt- und Verbraucherschutz, wobei Sauter und ihr Team die Fälle sorgfältig auswählen. Der Erfolg gibt ihnen Recht: Nur 3 bis 4 Prozent der Gerichtsverfahren verliert die DUH. „Die Gerichtsentseide bestätigen unsere Arbeit für die Umwelt- und Verbraucherschutzrechte“, sagt Agnes Sauter, Leiterin des Bereichs Marktüberwachung und Verbraucherschutz. So begründet das Landgericht München II am 4. April 2018 ein Urteil gegen einen Autohändler:

„Dass Händler, die in Werbematerial gegenüber Kunden diese Angaben weglassen, dadurch ihre Werbung verschlanken, einfacher und griffiger gestalten, und den „mahnenden Zeigefinger“ hinsichtlich Verbrauch nicht heben, sich gegenüber den anderen, die sich konform verhalten, einen Vorteil verschaffen, liegt nach Ansicht des Gerichts auf der Hand.“

Agnes Sauter und ihr Team würden mit ihrer Zeit und Energie lieber das Verbraucherrecht weiterentwickeln. So wie mit der Stellungnahme zur Novellierung der Pkw-EnVKV für das Bundeswirtschaftsministerium. Die DUH wirbt unter anderem dafür, dass die Kennzeichnungspflicht auf leichte Nutzfahrzeuge und Gebrauchtwagen ausgedehnt wird. Wenn die durchkommt, haben die Verbraucherschützer allerdings noch mehr zu tun.



» Wir nehmen die Verstöße gegen die Kennzeichnungspflichten für die Geräte des täglichen Nutzens sehr ernst. Fast täglich rufen Verbraucherinnen und Verbraucher bei uns an und berichten davon, dass sie in Läden, in Social Media-Posts und Anzeigen die Angaben zum Energieverbrauch von Produkten vermissen. «

Agnes Sauter, Leiterin
Bereich Ökologischer
Verbraucherschutz

» Eine Billion Fische werden im Jahr aus den Meeren gezogen, um vom Menschen verkauft, gegessen oder weggeworfen zu werden, wir reden da noch nicht von Beifang. Das kann doch nicht richtig sein. «

Katja Riemann,
Schauspielerin,
mit Rotbarsch



Ganzer Einsatz für Fische



»Wir fordern ein Schutzkonzept für die Meeresschutzgebiete der Ostsee, damit dank Managementplänen und angepasster Fischereitechniken die biologische Vielfalt im Meer erhalten wird. «

Ulrich Stöcker,
Leiter Naturschutz

Prominente Schauspielerinnen und Schauspieler unterstützen die DUH in der Kampagne gegen die Überfischung der Meere. Darin fordern wir nachhaltige Fangquoten, ein Ende der Rückwürfe und Fischereimethoden, die Beifang reduzieren und das marine Leben schonen. Alternative Fanggeräte und ein naturfreundliches Verständnis für das Meer schützen auch die Kegelrobben, die nach fast 100 Jahren in die deutsche Ostsee zurückgekehrt sind und die Rewilding-Region am Oder-Delta bereichern

Die Naturschützer der DUH setzen die internationale Kampagne Fishlove in Deutschland um. Bekannte Schauspielerinnen und Schauspieler werben mit einem Fisch auf nackter Haut für den Meeresschutz.

Fische und andere Lebewesen der Meere brauchen jede Unterstützung. Wir sind dankbar, dass Katja Riemann, Benno Fürmann, Nina Hoss, Tom Wlaschiha, Vicky Krieps und Christiane Paul an unserer Kampagne gegen Überfischung mit ganzem Einsatz teilnehmen. Sie prangern damit die industrielle Ausbeutung der Meere an. Plakativ lenken sie die Aufmerksamkeit auf Fische als faszinierende

Tiere, die wir mit Achtsamkeit behandeln sollten. Fische sind weltweit eine wertvolle Proteinquelle, doch nicht selbstverständlich auf unseren Tellern.

Die Fischerei-Industrie wirft jedes Jahr Millionen Tonnen Fisch schwer verletzt oder tot über Bord zurück ins Meer. Als unerwünschter Beifang sind die Fische in die Netze gegangen. Sie sind zu jung, zu klein oder die falsche Art. Die Fischer sind jedoch gesetzlich verpflichtet, den quotierten Beifang an Land zu bringen. Dort werden die unerwünschten Fische auf die Quote angerechnet – weshalb Fischer den Beifang lieber wieder über die Reling kippen. Das ist seit 2017 in der Ostsee und ab 1.1.2019 in der gesamten EU verboten.



» Die unglaubliche Artenvielfalt in den Meeren ist durch unseren steigenden Fischkonsum in Gefahr. Wir müssen uns für diese faszinierenden Lebewesen einsetzen, denn Fische haben keine Lobby! «

Benno Fürmann,
Schauspieler, mit Steinbutt

Der Internationale Rat für Meeresforschung ICES wertet die Daten aus, die Kontrolleure stichprobenhaft auf den Fischereiboote erhoben haben. Sie kontrollieren, wie viel Beifang in den unterschiedlichen Fischereien anfällt und ICES schätzt dann die Rückwurfmengen ab. Kurz gesagt: Sehr viele halten sich nicht an das Gesetz. Laut ICES haben allein die Dorschfischer in der östlichen Ostsee 3.450 Tonnen Beifang im Jahr 2017 zurückgeworfen. Das sind elf Prozent des Fangs oder rund 10,1 Millionen Tiere. In der westlichen Ostsee flogen 2017 fünf Prozent des Dorschfangs zurück ins Meer. Und laut ICES landeten 38 Prozent der gefangenen Schollen wieder in der Ostsee. Dem Kabeljau in der Nordsee geht es nicht besser: 19 Prozent der Kabeljaufänge wurden zurückgeworfen.

Ein unhaltbarer Zustand. Die DUH fordert mit der internationalen Initiative Our Fish, dass alle Fänge vollständig kontrolliert werden. Elektronische Fernüberwachungssysteme mit Kameras sollten das Geschehen auf jedem der Schiffe und mögliche Verstöße gegen die Anlandeverpflichtung dokumentieren. Damit könnten die Kontrolleure lückenlos den Fang und die Verarbeitung der Fische auf Videos beobachten.

Die DUH fordert weiterhin, dass die EU die Quoten für die vermarktungsfähigen Fischarten nach den wissenschaftlichen Empfehlungen erlässt. Die Meeresschützer drängen die für Fischerei zuständige deutsche Ministerin Julia Klöckner, dass sie sich in der EU für naturverträgliche Fangquoten einsetzt. Damit würde sie zu einer nachhaltigen Fischerei beitragen und zugleich den Erhalt von Arbeitsplätzen in der Fischereiwirtschaft unterstützen. Die DUH fordert auch, dass verträglichere Fanggeräte eingesetzt werden. Wissenschaftler haben gezeigt, dass Netze mit größeren Maschen oder anderem Zuschnitt den Beifang von unerwünschten Fischen, Meerestieren und Seevögeln verringern.

Und übrigens: Die Fische wurden für die Kampagne Fishlove nicht extra gefangen, sondern stammen aus dem Handel. Sie wurden nach dem Fotografieren gegessen.

Kegelrobben kehren in die Ostsee zurück

Eine große Freude haben Naturfreundinnen und freunde an der deutschen Ostsee rund um Rügen, Usedom und Fischland-Darß-Zingst im Frühjahr 2018 erlebt. Kegelrobben haben ihre ersten Jungen an den Stränden geboren und zeigen, dass sie die Ostseeküste Vorpommerns wieder als Lebensraum und sogar als Wurfplätze akzeptieren. Zeitweise mehr als 100 Kegelrobben waren während des Frühjahrs 2018 östlich von Rügen unterwegs. Fischer und schlech-

te Wasserqualität hatten die Meeressäuger im 20. Jahrhundert in der deutschen Ostsee ausgerottet. Kegelrobben sind die größten Raubtiere Deutschlands, ernähren sich allerdings nur von Fischen und sind deswegen für Menschen ungefährlich. Die seltenen Meeressäuger bereichern den Naturraum in der deutschen Ostsee und stärken das Potential der Gegend für Wildnisentwicklung. Die DUH entwickelt seit einigen Jahren das Oder-Delta als einziges deutsches Projekt der internationalen Initiative Rewilding Europe. Sie schafft in einer menschenarmen, aber naturreichen Region wirtschaftliche Chancen über Naturbeobachtung und -erleben. Die Kegelrobben sind attraktive Beobachtungsobjekte und ziehen dementsprechend Naturtouristen in die Region.



Der DUH Naturschutz-Leiter Ulrich Stöcker und sein Team unterstützen die deutsch-polnische Region darin, die mutmaßlichen Konflikte zwischen Mensch und Tier aufzulösen. „Wir setzen uns für ein Miteinander von Fischern und Robben ein und fordern ein präventives Konfliktmanagement, statt die Tiere als bedrohliche Eindringlinge anzusehen“, sagt Ulrich Stöcker. „Fischer müssen einbezogen und auch finanziell entschädigt werden, wenn Kegelrobben die Netze beschädigt haben.“ Stöcker beklagt, dass Mecklenburg-Vorpommern keinen Managementplan für Kegelrobben hat.

Der Konflikt ist letztes Jahr bereits eskaliert: Im Herbst 2017 haben in der deutschen Ostsee offensichtlich Menschen Kegelrobben getötet. 23 ertrunkene Kegelrobben wurden auf Rügen und in der Greifswalder Bucht angespült. „Robben können ihren Atemreflex sehr gut kontrollieren und dementsprechend sehr lange tauchen. Wenn sie ertrinken, ist das kein natürlicher Tod“, sagte damals Dr. Michael Dähne, Kurator für Meeressäuger am Meeresmuseum Stralsund. Die Staatsanwaltschaft Stralsund sah „Anhaltspunkte dafür, dass diese Kegelrobben durch Menschenhand, fahrlässig oder vorsätzlich verursacht, zu Tode gekommen sind“. Sie hat zwar Ermittlungen aufgenommen, da Kegelrobben unter strengem Arten- und Naturschutz stehen. Wer sie tötet, kann mit bis zu drei Jahren Freiheitsentzug bestraft werden. Völlig unverständlich ist es aber für die Meeresschützer der DUH, dass das Verfahren eingestellt wurde, ohne dass verdächtige Netze oder die toten Kegelrobben auf DNA-Spuren untersucht wurden. Ulrich Stöcker sagt: „Die Ermittlungen waren leider nur halbherzig.“



» Die Bundesregierung muss dafür sorgen, dass die gesetzliche Mehrwegquote von 70 Prozent für Getränkeverpackungen eingehalten wird. Dann wird Deutschland vom Bremsen zum Gestalter im Kampf gegen Plastik. «

Thomas Fischer,
Leiter des Bereichs
Kreislaufwirtschaft



Mehrweg ist die Beste!

Mehrweg ist und bleibt die beste Verpackung für Saft, Wasser, Bier, Milch, Kaffee zum Mitnehmen, Joghurt und zig andere Konsumgüter des täglichen Lebens. Mehrweg verhindert Einwegplastik, schützt die Umwelt und das Klima. Bioplastik ist übrigens keine Lösung für das Plastikproblem, wie wir recherchiert und in einem Mammutprozess geklärt haben

Die DUH Umweltschützer sind einiges gewohnt von der Industrie, die oft mit allen Mitteln gegen den Umwelt- und Verbraucherschutzverband vorgeht. Offensichtlich sehen einige Unternehmen ihre Geschäftspraktiken gefährdet und werden dann rabiat, wenn die DUH Gesetzesverstöße gegen Umwelt- und Verbraucherschutz aufdeckt. Und genau das machen wir regelmäßig. Wir bringen illegale Geschäftspraktiken an die Öffentlichkeit und lassen den Unternehmen das Greenwashing nicht durchgehen – also das Vorgaukeln angeblicher Umweltschutzeigenschaften von Produkten.

Das sogenannte Bioplastik ist dafür ein Beispiel. Tüten aus Bioplastik sind mitnichten ökologisch vorteilhaft. Auch wenn der Name umweltfreundlich klingt, haben Bioplastiktüten keine gesamtökologischen Umweltvorteile im Vergleich zu herkömmlichen Plastiktüten. Beim Kompostieren bereiten sie Probleme, können von herkömmlichem Plastik

kaum unterschieden werden und den Störstoffanteil im Kompost erhöhen. Zumeist werden in deutschen Kompostierungsanlagen auch nicht die Voraussetzungen zum vollständigen Abbau von Bioplastik erfüllt. Eine Umfrage der DUH ergab, dass biologisch abbaubare Kunststoffe ganz überwiegend als Störstoffe betrachtet, nicht normgerecht nach EN 13432 abgebaut, häufig aussortiert und teuer entsorgt werden. Die DUH Experten raten daher, biologisch abbaubare Kunststoffe nicht in der Biotonne zu entsorgen. Sie gehören in den Restmüll, weil sie auch bei der Entsorgung im gelben Sack nicht recycelt werden.

Schon 2012 hatte die DUH auf irreführende Werbung für Tragetaschen aus Polymilchsäure (PLA) hingewiesen und ging gegen die drei Handelsketten ALDI Nord, ALDI Süd und Rewe wegen der dadurch praktizierten Verbrauchertäuschung erfolgreich vor. Alle drei Unternehmen verkauften damals Tüten der Victor Group, deren Materialzulieferer der Chemie-

konzern BASF war. Entgegen dem auf den Tüten vermittelten Eindruck, waren die Bioplastiktüten gesamtökologisch weder vorteilhafter als herkömmliche Plastiktüten, noch wurden sie nach einer durch die DUH durchgeführten Umfrage in Kompostierungsanlagen regelmäßig kompostiert. Nachdem ALDI Nord, ALDI Süd und Rewe gegenüber der DUH erklärten, ihre biologisch abbaubaren Plastiktüten nicht mehr als „100 % kompostierbar“ zu bewerben und diese aus dem Sortiment nahmen, wollte sich die Victor Group die entgangenen Einnahmen in Höhe von 2,7 Millionen Euro von der DUH und Bundesgeschäftsführer Jürgen Resch persönlich bezahlen lassen.

Aufklärung über Bioplastiktüten

Bis zum Bundesgerichtshof klagte der vom Chemieriesen BASF unterstützte Tütenhersteller gegen die DUH. Vergeblich. In mehreren Prozessen und vorhergehenden Instanzen waren die zur Victor-Group gehörende Victor Güthoff & Partner GmbH und die Ruppiner Papier- und Folienwerke GmbH bereits gescheitert. „Die Aufklärungsarbeit der DUH über die verheerenden Umweltbelastungen der Plastiktütenflut und Bioplastiktüten durchkreuzte die Strategie des Chemiekonzerns BASF“, sagt Bundesgeschäftsführer Jürgen Resch. „Nur so ist zu erklären, dass eine Millionenklage gegen die DUH und mich persönlich gewählt wurde, um unsere Aufklärungsarbeit zu verhindern. Wir lassen uns keinen Maulkorb verpassen.“

Plastik ist ja in aller Munde, wie Mediziner der Universität Wien 2018 herausgefunden haben. In einer Pilotstudie haben sie Menschen auf unterschiedlichen Kontinenten eine Woche lang wissenschaftlich begleitet. Die Probanden tranken Getränke aus PET-Flaschen und ernährten sich von Lebensmitteln, die in Plastik verpackt waren. Mikroplastikteilchen wanderten durch ihre Körper und die Mediziner fanden Plastik in ihrem Kot.

Die DUH kämpft gegen Plastik und die Vermüllung der Meere. Unterstützung kommt von Künstler Friedrich Liechtenstein in einem Video: „Ich liebe Algen und saubere Ozeane. Macht endlich Schluss mit unnötigem Plastikmüll.“

Besonders schlimm ist die zunehmende Vermüllung der Ozeane, die inzwischen zu den dreckigsten Orten der Welt zählen. Gemeinsam mit dem Künstler Friedrich Liechtenstein haben wir sieben Filme gedreht,

die unsere Botschaft in den Social Media-Kanälen verbreiten. „Für unsere Erde gibt es keinen Plan B. Darum muss Schluss sein mit dem Plastikmüll, der unsere Meere verreckt, das Ökosystem angreift und Tiere elendig sterben lässt“, sagt Friedrich Liechtenstein im Video. „Ich liebe Algen und saubere Ozeane. Macht endlich Schluss mit unnötigem Plastikmüll.“

Die DUH kämpft seit vielen Jahren gegen Plastik. In der Öffentlichkeit konzentrieren wir uns auf Ex- und Hopp-Artikel wie Tüten, Coffee-to-go-Becher, Einweggeschirr oder Wegwerfplastikbecher in Fußballstadien. Sie stehen für eine unreflektierte und ressourcenvergeudende Wegwerfgesellschaft. Wir unterstützen Verbraucherinnen und Verbraucher bei ihren Initiativen, diese unnützen Einwegverpackungen durch wiederverwendbare Gläser, Beutel, Becher und andere sinnvolle Behältnisse zu ersetzen.

Abfallvermeidung ist unsere Devise. Die DUH setzt sich vehement für mehrfach benutzbare Verpackungen ein. Damit Industrie und Handel die Mehrwegverpackungen auch anbieten, machen wir politisch Druck. In Gesprächen mit Vertretern der Bundesregierung fordern wir eine Ressourcensteuer für Kunststoff und eine Abgabe von mindestens 20 Cent auf Plastiktüten und andere Wegwerfartikel aus Kunststoff. Wir machen klar, dass Mikroplastik in Kosmetika und Putzmitteln verboten werden muss. Und wir fordern, dass die gesetzliche Mehrwegquote von 70 Prozent für Getränkeverpackungen auch umgesetzt wird.

Klimaschutz mit Mehrwegflaschen

„Mehrweg ist Klimaschutz“ heißt unsere klassische Kampagne, in der wir uns für Mehrwegflaschen für Saft, Wasser, Bier und Brause einsetzen. In einem breiten Bündnis mehrwegorientierter Unternehmen, mittelständischer Brauereien, Brunnenbetreibern, Safterstellern, Getränke-Groß- und Einzelhändlern setzen wir uns in der „Mehrweg-Allianz“ für den Ausbau des Mehrwegsystems in allen Getränkebereichen ein. Zudem sollte das Einwegpfand auf Säfte und Nektare ausgeweitet werden, damit Einwegplastikflaschen und Getränkekartons zukünftig nicht mehr achtlos in der Landschaft liegen gelassen werden.

Deutschland kann es sich nicht leisten, auf den Klimaschutzbeitrag von Mehrwegflaschen zu verzichten. Das Land verpasst die Klimaschutzziele bis 2020 und muss in allen Bereichen alles daran setzen, Treibhausgase einzusparen. Wenn alle alkoholfreien Getränke in Mehrwegflaschen abgefüllt würden und nicht in Einweg, könnte Deutschland 1,25 Millionen Tonnen CO₂ im Jahr sparen. Insgesamt könnte in Deutschland die unnötige Produktion von 16 Milliarden Einweg-Plastikflaschen pro Jahr vermieden



» Mit einer Millionenklage gegen die DUH und mich persönlich wollte ein Hersteller von Bioplastiktüten unsere Aufklärungsarbeit verhindern. Wir lassen uns aber keinen Maulkorb verpassen.«

Jürgen Resch,
Bundesgeschäftsführer



werden. „Deutschland muss vom Bremser zum Gestalter werden und die Mehrwegquote notfalls auch mit Sanktionen durchsetzen“, sagt Thomas Fischer, Leiter der DUH Abteilung Kreislaufwirtschaft. „Plastik muss teurer werden – Deutschland ist Europameister beim Verpackungsmüll. Wer viel Kunststoff produziert, sollte auch viel bezahlen. Nur so lässt sich der massenhafte Einsatz von Plastik begrenzen.“

Fußballfans wollen Mehrwegbecher im Stadion

Einweg ist ein Eigentor dachte sich Fußballfan Nick Heubeck. 1,5 Millionen Einwegbecher in der Bundesligasaison 2017/2018 vergällten ihm den Spaß im Stadion von Borussia Dortmund. Er startete eine Petition für Mehrwegbecher im Signal-Iduna-Park. Wir haben ihn dabei unterstützt und mehr als 100.000 Unterschriften für Mehrwegbecher gesammelt. Die Unterschriften haben wir BVB-Geschäftsführer Carsten Cramer persönlich übergeben und ausführlich mit ihm über den Müll und die Vermeidung gesprochen. Er sagte zu, ein verbraucherfreundliches Mehrwegbechersystem bei Borussia Dortmund einzuführen. Das freut uns und wir hoffen, dass weitere Bundesligavereine dem Beispiel des BVB folgen.

Mehrweg kann alle möglichen Produkte transportieren. Milch, Joghurt, Quark kommt in Mehrweggläsern ins Kühlregal, der Kaffee für unterwegs in den eigenen oder geliehenen Mehrwegbecher, das Mittagessen auf einen Teller. Sogar Fast-food passt in Mehrweg. Luxemburg hat ein Mehrwegsystem für Essensboxen eingeführt und zeigt den Europäern und

Europäerinnen schon mal, wie es nach dem EU-Verbot für Einwegplastikgeschirr weitergeht. Das Prinzip folgt dem guten alten Pfandsystem: Das Mittagessen zum Mitnehmen kommt in die „Ecobox“, der Kunde zahlt Pfand, isst, gibt die Ecobox bei einem am System teilnehmenden Laden ab und bekommt sein Pfand zurück. Wir begrüßen, dass die EU Plastik-Einweggeschirr verbieten und den Einsatz von Plastik für Einmalprodukte eindämmen will. Umwelt und Natur haben jedoch nichts von dem Plastikverbot, wenn die Wegwerfartikel dann aus Bioplastik bestehen. Bioplastik verbraucht Ressourcen, baut sich nicht oder nur sehr langsam in der Umwelt ab und vermittelt ein falsches Bild bei Verbraucherinnen und Verbrauchern. Die Leute denken, dass es nichts schadet, wenn sie Bioplastikmüll in der Umwelt liegen lassen.

Händler boykottieren Rücknahme von alten Elektroaltgeräten

Die EU hat in den vergangenen Jahren eine ganze Reihe Umweltschutzgesetze erlassen. Wir finden, dass sie manchmal nicht weit genug gehen und sehen wo Notwendigkeiten den Interessen der Industrie geopfert wurden. Doch immerhin: Die EU versucht mit Umwelt- und Verbraucherschutzrichtlinien zu steuern. Viele der Richtlinien setzt Deutschland entweder nicht, schlecht oder schleppend um, wie wir bei unseren Recherchen immer wieder feststellen. Als eingetragener Umwelt- und Verbraucherschutzverband sind wir Verbrauchern ebenso wie dem Umweltschutz verpflichtet. Das Bundesamt für Justiz hat die DUH zudem als „qualifizierte Einrichtung“ anerkannt, die



Rechte von Umwelt und Verbrauchern einzufordern und notfalls einzuklagen. Da haben wir viel zu tun. Der Staat kümmert sich nur selten darum, ob Industrie und Handel sich an Umwelt- und Verbraucherschutzgesetze halten. Berühmtes Beispiel: Der Dieselskandal.

Unser Ziel: Die umweltschonende Kreislaufwirtschaft

Bei Elektroschrott und alten Kühlgeräten sieht es nicht viel besser aus. Ob Kühlgeräte, Energiesparlampen, Laptops und andere alte Elektrogeräte für eine Wiederverwendung oder ein Recycling bei Händlern zurückgegeben werden können, interessiert kaum eine Behörde. Seit 2016 sind Unternehmen gesetzlich verpflichtet, alte Elektro- und Elektronikgeräte kostenlos zurückzunehmen und die Kundinnen und Kunden über die Rücknahme zu informieren. Unsere Testbesuche bei Handelsketten zeigen, dass viele Handelsunternehmen das Gesetz zum Schutz der Umwelt sabotieren. Unsere Tester konnten alte Elektrokleingeräte bei rund einem Drittel der Händler nicht oder nur nach mehrfachem Nachfragen abgeben. Besonders schlecht schnitten die Filialen von Apple, Hellweg, Sconto, Hagebau und Hornbach ab.

Knapp zwei Millionen Tonnen Elektrogeräte werden mittlerweile pro Jahr in Deutschland in Verkehr gebracht. Nur rund 780.000 Tonnen wurden 2016 ordnungsgemäß erfasst und recycelt. Die schlechte Quote liegt auch an den mangelhaften Bemühungen der Händler, die ausrangierten Elektrogeräte zurückzunehmen. Gerade mal 70.000 Tonnen Elektroschrott

haben sie 2016 gesammelt. Online gilt das Gesetz selbstverständlich auch. Unsere Versuche bei Onlinehändlern, ein kaputtes oder altes Elektrogerät abzugeben, scheiterten jedoch zu oft. Mehr als die Hälfte der untersuchten Onlinehändler verstießen gegen die gesetzlichen Informations- oder Rücknahmepflichten zu ausgedienten Elektrogeräten. Völlig unverständlich ist uns, dass selbst die Unternehmen, bei denen es letztendlich gelang den Elektroschrott abzugeben, die Rücknahme so schwer wie möglich machten. Oft verstecken sie die Informationen zur Rückgabe auf kaum auffindbaren Unterseiten ihrer Homepage. Die Verbraucher müssen umständlich beim Kundendienst nachfragen bevor sie Altgeräte abgeben können und den Elektroschrott aufwändig verpacken.

Auffallend war, dass selbst große Elektrofachhändler wie Saturn oder Cyberport die gesetzliche Rücknahmepflicht nicht korrekt umsetzen. „Es handelt sich nicht Einzelfälle, sondern um einen branchenweiten Boykott zu Lasten von Umwelt und Verbrauchern“, sagt Thomas Fischer. „Da gehört schon ein hohes Maß an Verantwortungslosigkeit dazu, Umweltgesetze zu ignorieren und Verbraucher mit ihrem Elektroschrott allein zu lassen.“ Die DUH lässt das nicht durchgehen. Elektroschrott enthält oft hochgiftige Schwermetalle oder starke Klimagase. Umso wichtiger sind unsere Bemühungen für langlebigere Geräte, einfache Rückgabemöglichkeiten und ein hochwertiges Recycling. Also genau das Ziel, für das die DUH kämpft: Eine umweltschonende Kreislaufwirtschaft.

» Damit alte Elektrogeräte wiederverwendet oder recycelt werden, muss der Handel endlich seiner gesetzlichen Rücknahmepflicht nachkommen. Notfalls setzen wir die Rechte der Verbraucher gerichtlich durch.«

Thomas Fischer



Große Plakataktion im Dezember 2018



» Erfolgreich setzen wir die Energiewende nur um, wenn alle mitmachen und deswegen müssen wir den Menschen die Entscheidungen aus Politik und Wirtschaft vermitteln. «

.....
Dr. Peter Ahmels,
Leiter Energie und
Klimaschutz



Wir holen die Energiewende ins Haus

Die DUH treibt die Energiewende voran, seitdem die ersten Windräder an Nord- und Ostsee aufgestellt wurden. Nun muss der saubere Strom in allen Sparten zum Klimaschutz beitragen. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass die Sektoren Strom, Wärme und Verkehr miteinander verzahnt werden. Für bestehende Gebäude heißt das: Dämmen – Heizungstechnik auf den neuesten Stand bringen – Erneuerbare für die Wärme nutzen

Wir wissen, was Wind von vorne in der Energiewende bedeutet. Um mit Politik, Wirtschaft und Gesellschaft das hochindustrielle Deutschland klimaverträglich und energetisch sauber umzubauen, scheuen wir keine Auseinandersetzungen. Die DUH bringt deshalb Menschen aus allen gesellschaftlichen Bereichen zusammen, legt die Fakten auf den Tisch, tauscht Argumente aus, moderiert Konflikte und setzt die Ergebnisse in Empfehlungen für die Politik um.

Besonders engagieren wir uns seit einiger Zeit dafür, dass der saubere Strom aus den erneuerbaren Energien auch in den Bereichen Wohnen und Fahren

fließt. Sektorenkopplung nennen das die Fachleute: Die Sektoren Strom, Wärme und Verkehr sollen miteinander verzahnt werden. Der klimaneutral erzeugte Strom soll auch andere Bereiche voranbringen.

Generationenaufgabe Energiewende

Die DUH unterstützt den Ausbau der Netze, damit der saubere Strom in ganz Deutschland aus der Steckdose kommt. Deshalb führen wir landauf-landab Bürgerdialoge durch. Wir erklären den Menschen, was Netzausbau und Energiewende für sie bedeuten. „Die



Energiewende ist eine Aufgabe für Generationen“, sagt Dr. Peter Ahmels, der den DUH-Bereich Energie und Klimaschutz leitet. „Erfolgreich setzen wir die Energiewende nur um, wenn alle mitmachen und deswegen müssen wir den Menschen die Entscheidungen aus Politik und Wirtschaft vermitteln.“

Neben unseren Bürgerdialogen zum Ausbau der Stromnetze, vermitteln Peter Ahmels und sein Team den Menschen auch, wie sie Energie sparen. Und wie sie den kostbaren Strom effizient einsetzen. Wir holen deswegen die Energiewende ins Haus. Ein enormes Einsparpotential sitzt in Gebäuden. Häuser und Gebäude aller Art sind in Deutschland für 30 Prozent des Energieverbrauchs und damit auch für ein Drittel der CO₂-Emissionen verantwortlich.

Das Klimaschutzprojekt SmartRathaus – die DUH berät Kommunen beim Energiesparen

Dämmen – Heizungstechnik auf den neuesten Stand bringen – erneuerbare Wärme einspeisen, lautet daher unser Dreiklang für bestehende Gebäude. Also: zunächst die Gebäudehülle fit machen, damit die Wärme im Haus bleibt. Dann die alte Heizung raus und eine effiziente, moderne Anlage rein, die mit erneuerbaren Energien arbeitet. Welches Modell für welches Haus am besten geeignet ist, können nur Fachleute für jedes Haus individuell entscheiden. Wie das alles gehen kann, haben wir in der Broschüre „Klimaschutz in den eigenen vier Wänden. Heizungstausch und Energieeffizienzmaßnahmen an der Gebäudehülle“ für das Bundesumweltministerium geschrieben.

Über Dämmstoffe und die Kosten der energetischen Sanierung halten sich leider jede Menge Mythen. Wir haben deswegen ein Handbuch über Dämmstoffe aus nachwachsenden Rohstoffen geschrieben. Und wir werden nicht müde, über die Energieeinsparungen und die langfristigen Vorteile für Konto und Klima mit einem energieeffizienten Haus aufzuklären. Das gilt übrigens auch für Neubauten. Wir empfehlen auch in Neubauten schon jetzt den bestmöglichen technischen Effizienzstandard umzusetzen. Denn eins ist sicher: Energie wird teurer.

Wir beraten daher auch Kommunen bei ihren Plänen zum Energiesparen. In Rathaus, Turnhalle und städtischem Kindergarten können jede Menge Strom und Wärme eingespart werden. In unserem Klimaschutzprojekt SmartRathaus steht die Gebäudeautomation – also die elektronische Steuerung von Temperatur und Beleuchtung im Fokus. Wir arbeiten mit fünf Modellkommunen zusammen: Wörth am Rhein, Steyerberg, Böblingen, Borkum und Birkenwerder. Gemeinsam mit der Hochschule Biberach

testen wir in den öffentlichen Gebäuden, wie die Kommunen mit intelligenter Steuerung und Regelung Energie und Ressourcen sparen können.

Saubere Energie für Europa

Das Wort Energiewende hat es in andere europäische Sprachen geschafft. Doch Worte reichen nicht, um die Ziele des Pariser Klimaabkommens zu erreichen. Damit alle EU-Länder ihre Energieversorgung klimafreundlich umbauen, hat die EU im Sommer 2018 die Energieziele der Europäischen Union für das Jahr 2030 festgelegt. Zwei Jahre lang hatten zuvor EU-Parlament, Ministerrat und EU-Kommission das Gesetzespaket „Saubere Energie für alle Europäer“ diskutiert. Wir haben den Prozess in Brüssel begleitet. Auf Veranstaltungen und in Gesprächen mit den Mitgliedern von Parlament und Kommission haben wir unsere klimapolitische Expertise eingebracht und für ambitionierteren Klimaschutz geworben. „Deutschland muss hier seine Verantwortung als Industrieland wahrnehmen, da haben wir manchmal etwas mehr Schub vermisst“, sagt Dr. Peter Ahmels.

Wir machen also in Brüssel auch das, was wir besonders gut können: Menschen ins Gespräch miteinander bringen.

Mit dabei aus unseren EU-Veranstaltungen waren Kolleginnen und Kollegen aus mittel- und osteuropäischen Umweltschutzorganisationen. Sie wollen ihre energie- und klimapolitischen Anliegen stärker in der EU-Politik einbringen, kennen sich aber noch nicht aus in Brüssel. Wir haben unsere Kolleginnen und Kollegen in das Hin- und her der Gesetzgebung eingebunden, haben Kontakte zu Menschen aus anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen und zu den politischen Entscheidungsträgern hergestellt. Wir machen also in Brüssel auch das, was wir besonders gut können: Menschen ins Gespräch miteinander bringen.

Mit den UmweltschützerInnen aus Mittel- und Osteuropa bauen wir ein Netzwerk von Umweltschutzorganisationen auf. Quer durch Europa halten wir somit den Klimaschutz am Leben, auch wenn manche Regierungen das Thema gern beenden würden. Die Europäische Klimainitiative fördert unser Netzwerk der osteuropäischen Umweltschutzorganisationen.

» Wir empfehlen den bestmöglichen technischen Effizienzstandard in Gebäuden umzusetzen. Denn eins ist sicher: Energie wird teurer. «

Dr. Peter Ahmels

»Wir brauchen ein verändertes Bewusstsein bei den Konsumenten. Fleisch und Molkeerzeugnisse zu Centpreisen – da ist doch klar, dass die Umwelt das nicht verträgt.«

Dorothee Saar,
Leiterin Verkehr und
Luftreinhaltung



Wir treiben die Ökowiede im Stall voran

Saubere Luft und einen wirksamen Klimaschutz erreicht Deutschland nur, wenn die Landwirtschaft dazu beiträgt. Das bedeutet: Die intensive Tierhaltung beenden und die landwirtschaftlichen Schadstoffe Methan, Ammoniak, Nitrat in Natur und Umwelt stark vermindern. Nachdem wir das „Recht auf saubere Luft“ eingeklagt haben, kämpfen wir vor Gericht für das „Recht auf sauberes Wasser“

Klimaschutz und Luftreinhaltung sind die Kernthemen der DUH. Wir befördern daher die Energiewende und setzen im Verkehrsbereich das „Recht auf saubere Luft“ durch, das wir 2007 vor dem Europäischen Gerichtshof eingeklagt haben. Die Luft wird aber nur sauberer, wenn auch die Landwirtschaft mitmacht und im Einklang mit Umwelt und Natur arbeitet. Daher drängen wir auf strengere internationale und nationale gesetzliche Rahmenbedingungen und setzen uns für die Umsetzung wirksamer Emissionsminderungsmaßnahmen in Deutschland ein.

Vor allem die industrielle Landwirtschaft und die Massentierhaltung verursachen einen enormen Teil der Treibhausgasemissionen, giftigen Gase und Feinstäube. Die Landwirtschaft trägt daher maßgeblich zum Klimawandel bei. Neben Industrie, Kohlekraftwerken und dem Verkehrsbereich sind die Agrarbetriebe die größten Verschmutzer der Luft in Stadt und Land. Die meisten giftigen und umweltschädigenden Stoffe stammen aus den Ställen der intensiven Tierhaltung.

Mit Gülle und Mist gelangen Methan, Ammoniak und andere reaktive Stickstoffverbindungen wie Stickstoffmonoxid, Stickstoffdioxid, Lachgas und Nitrat in die Umwelt. Sie schädigen die Ökosysteme in Wald, Wiese, See und Meer und zerstören die biologische Vielfalt in Wasser und Böden. Methan wirkt als Treibhausgas stärker als CO₂ und gilt als bedeutender Vorläuferstoff für das gesundheitsschädliche Ozon. Das giftige Ammoniak ist ein Vorläuferstoff für Feinstaub und trägt so zur Belastung der Luftqualität bei. Beide Stoffe verschmutzen die Luft, schädigen die Gesundheit und die Natur. Die Europäische Umweltagentur rechnet für Europa mit 422.000 vorzeitigen Todesfällen durch eine erhöhte Belastung mit Feinstaub (PM 2,5). Der EUA Luftqualitätsbericht 2018 nennt für Deutschland 60.000 vorzeitige Todesfälle durch eine erhöhte Feinstaubbelastung (PM 2,5) in der Luft. Die Anzahl der vorzeitigen Todesfälle durch die Belastung mit Ozon ist im Vergleich zum Vorjahr um mehr als ein Drittel auf 3000 gestiegen.

Unhaltbare Zustände, wie wir finden. Dabei gibt es für Ammoniak, Nitrat und Feinstaub Grenzwerte, die die Schadstoffkonzentration in der Luft begrenzen sollen. So darf Deutschland nicht mehr als 550 Kilotonnen Ammoniak im Jahr ausstoßen – und verstößt seit Jahren gegen diese Richtlinie. Wir kennen das: Wie auch bei den Luftschadstoffen aus Diesel- und anderen Verbrennungsmotoren missachtet die Industrie die Grenzwerte, die Regierung lässt sie gewähren.

Wir nehmen das nicht hin. Wir klären auf, wir kämpfen vor Gericht, wir diskutieren mit Abgeordneten der Parlamente und Vertretern der Ministerien. Und wir bereiten den dringend notwendigen politischen Wandel vor. Auf Veranstaltungen bringen wir Menschen aus Landwirtschaft und Klimaforschung, Industrie und Politik, Umweltverbänden und Wissenschaft zusammen. Gemeinsam diskutieren wir die Fakten und erörtern die Lösungen, die möglich scheinen und die für viele der Probleme schon vorhanden sind. Mit Planen abgedeckte Güllelager, Gülleinjektion und schnelles Einarbeiten des Düngers in den Boden sowie ein Wirtschaftsdünger Management mit Hilfe von Biogasanlagen können den massenhaften Ausstoß von Ammoniak und Methan begrenzen, solange die Tierhaltung noch nicht auf

ein umweltverträgliches Niveau begrenzt ist. Und Landwirte können die Tiere natur- und klimaschonend füttern: Weniger Proteine im Futter verringern die Ammoniakmengen in der Gülle.

„Wir brauchen auch ein verändertes Bewusstsein bei den Konsumenten. Fleisch und Molkereiprodukte zu Centpreisen – da ist doch klar, dass die Umwelt das nicht verträgt“, sagt Dorothee Saar, Leiterin Verkehr und Luftreinhaltung. In ihrem Bereich sind die DUH Projekte „Methanminderung für kosteneffizienten Klimaschutz in der Landwirtschaft“ im Rahmen der Nationalen Klimaschutzinitiative sowie das von der EU-Kommission geförderte Projekt „Air and Agriculture“ angesiedelt, in dem mehrere europäische Verbände Partner sind.

Die DUH klagt für das Recht auf sauberes Wasser

Nitratverbindungen belasten nicht nur die Luft, sondern auch das Trinkwasser. Deutschland missachtet den Grenzwert für Nitrat seit Jahrzehnten und verstößt damit gegen geltendes EU-Recht. In einem Viertel der Messstellen in landwirtschaftlichen Gebieten übersteigt der Nitratgehalt im Grundwasser den Grenzwert. Der Europäische Gerichtshof hat Deutschland bereits verurteilt, doch das Urteil bezieht sich nur auf bereits überholte rechtliche Grundlagen. Die DUH hat deshalb 2018 das Bundeslandwirtschaftsministerium verklagt. Wir wollen das „Recht auf sauberes Wasser“ gerichtlich durchsetzen. Damit wollen wir die Bundesregierung dazu bringen, die seit 1991 geltende EU-Richtlinie umzusetzen – insbesondere das vorgesehene Aktionsprogramm zum Schutz des Grundwassers gegen die Nitratreinträge aus der Landwirtschaft. So müssen das Immissionsrecht und die Gesetze für den Bau von Stallungen in eine politische Strategie zur Verringerung von Nitrat einbezogen werden (lesen Sie dazu auch das Interview mit Sascha Müller-Kraenner auf S. 12).

Wir kämpfen politisch in Berlin und Brüssel für eine umweltverträgliche Landwirtschaft. Bis wir unser Ziel erreichen, werden wir einige Jahre brauchen. Mit der Ökowende im Einkaufskorb sofort beginnen, können die Verbraucherinnen und Verbraucher, wenn sie weniger Fleisch, Milch, Käse und andere tierische Produkte kaufen. Wir sind uns mit Ernährungswissenschaftlern einig: Fleisch gehört nur noch selten auf den Speiseplan – und wenn, dann nur aus umweltverträglicher Landwirtschaft. Wir unterstützen die Verbraucher mit Informationen und Veranstaltungen dabei, mit ihren Kaufentscheidungen eine umweltfreundliche und naturbewahrende Landwirtschaft zu fördern. Und wir fordern die Politik auf, den Wandel zu gestalten.



» Wir klären auf, wir kämpfen vor Gericht, wir diskutieren mit Abgeordneten der Parlamente und Vertretern der Ministerien. Und wir bereiten den dringend notwendigen politischen Wandel vor. «

Sascha Müller-Kraenner,
Bundesgeschäftsführer





Solaranlagen bringen Licht in die Amazonas-Nacht

Seit Rapunzel Naturkost und die DUH 1998 den Hand in Hand-Fonds gegründet haben, ist viel geschehen:

Der Fonds hat 337 öko-soziale Projekte in Afrika, Asien und Südamerika mit mehr als 1,5 Millionen Euro gefördert

Wenn die Not am größten ist, steht der Hand in Hand-Fonds den Partnern unbürokratisch bei. Im September 2018 verwüstete der Taifun Mangkhut auf den Philippinen Dörfer, Häuser, Gemeinden. Sofort war uns klar, dass wir helfen. Die Behindertenkooperative FARAD konnte dank der finanziellen Hilfe aus dem Hand in Hand-Fonds die zerstörten Häuser und Werkstätten zügig wiederaufbauen.

Menschen und ihre existentiellen Bedürfnisse nach Nahrung, Wasser, Unterkunft und einer lebenswerten Umwelt stehen im Mittelpunkt der Projekte des Hand in Hand-Fonds. Wir fördern den Bau von Wasserleitungen und Regenwassertanks, wie im Hochland von Uganda. Da das Wasser dort nicht aus Leitungen fließt, müssen die Frauen der Region täglich mühsam Wasser holen. Der Hand in Hand-Fonds hat nicht lange überlegt und der ugandischen Entwicklungsorganisation GWEFODE den Bau von Regenwassertanks ermöglicht.

Mit unseren Partnern in Afrika, Asien und Südamerika entwickeln wir Projekte, wie fruchtbare, gesunde Böden gesichert werden können oder wie neue Technik das traditionelle Leben stützen kann. Wir stärken die Einkommens- und Lebensmöglichkeiten für Menschen in ländlichen Gebieten. Deshalb unterstützen wir auch Schulen, Bildungsangebote und die daraus erwachsenden Chancen der Menschen für ein zukunftsfähiges Einkommen.

Die Deutsche Umwelthilfe e.V. und die Rapunzel Naturkost GmbH haben den Hand in Hand-Fonds vor

20 Jahren gegründet. Rapunzel Naturkost und private Spender finanzieren den Fonds seitdem, wobei das meiste Geld von Rapunzel stammt. Das Unternehmen zahlt ein Prozent des Rohwaren-Einkaufswertes für die Produkte im firmeneigenen Fairhandels-Programm Hand in Hand in den gleichnamigen Fonds. Die DUH bringt ihr Know-how in der internationalen Umweltprojektarbeit und ihr Netzwerk ein. Eine zuverlässige Zusammenarbeit, die uns gemeinsam ermöglicht, soziale und ökologische Projekte in Asien, Südamerika und Afrika zu unterstützen.

Im Amazonasgebiet von Ecuador wird Elektrizität durch Leitungen vielleicht nie ankommen. Die Menschen produzieren daher ihren Strom mit Dieseldieseln selbst. Das ist teuer, stinkt und die Abgase schaden der Umwelt. Den Strom aus einer Solaranlage zu gewinnen, liegt am Äquator nahe. Wir haben den Verein Love for Live und die Allianz Ceibo der dort lebenden indigenen Gemeinschaften unterstützt, eine Photovoltaikanlage in der Gemeinde aufzubauen. Mit peque-peques, den motorgetriebenen Kanus, haben die Menschen die Solarmodule, Wechselrichter und Messgeräte in ihre Gemeinde im Wald gefahren. Der Verein Love for Life hat auch neun Solartechniker im Amazonas ausgebildet. Sie haben die Anlagen mit einem örtlichen Solaringenieur aufgebaut und warten sie nun in dem feuchten Klima. Jede Familie ist für ihre Anlage selbst verantwortlich und hat sich verpflichtet, monatlich ein wenig Geld für eventuelle Reparaturen in eine gemeinsame Rücklage zu zahlen.



» Die Saat geht auf.
In zwanzig Jahren
hat sich der
Hand in Hand-Fonds
so gut entwickelt:
Von drei bis sechs
Förderprojekten im
Jahr auf mittler-
weile über 25. «

Joseph Wilhelm, Gründer
von Rapunzel Naturkost
und Initiator des
Hand in Hand-Fonds



Cent für Cent für die Natur

Die Solaranlage auf dem Dach ausbauen, einen Unterstand im Schulwald befestigen oder Mikroskope kaufen, um Kleinstlebewesen zu beobachten: Schulen haben viele Ideen für Projekte in der Natur- und Umweltbildung. Geld dafür sammeln sie in der DUH-Haus- und Straßensammlung

Ohne Moos ist auch im schuleigenen Wald nichts los. Die immergrünen Pflanzen wachsen auf dem dunklen Boden im Wald und binden Nährstoffe aus der Luft, die sie in das Ökosystem Wald einbringen. Moose und Bäume im Wald einer niedersächsischen Schule begleiten schon seit Generationen das Wachstum von Kindern und Jugendlichen. Die Schülerinnen und Schüler lernen von den Pflanzen und Tieren in ihrem Wald und bauen eine enge Beziehung zum Leben der Natur auf. Um einen neuen Unterstand zu bauen, haben die SchülerInnen der Schule Geld im Rahmen der DUH Haus- und Straßensammlungen gesammelt.

Die DUH unterstützt mit ihrem Namen und ihrer Erfahrung seit 42 Jahren regionale Gruppen von Naturschutzverbänden und Schulen dabei, in Fußgängerzonen und Häusersiedlungen zu sammeln. Die kleinen Naturschutzorganisationen und die Schulklassen haben sonst kaum eine Gelegenheit, Geld für ihre Projekte zu bekommen. „Die Haus- und Straßensammlungen stärken den Zusammenhalt unter den Schülern und sind für viele Schulen die einzige Möglichkeit, an Geld für Projekte zu kommen und eine Bienenwiese zu pflanzen, grüne Klassenzimmer zu gestalten oder einen Biotopteich anzulegen“, sagt Gabriele Nitschke, die die Geschäftsstelle der DUH in Hannover leitet und seit vielen Jahren die Haus- und Straßensammlungen in Niedersachsen organisiert.

Rund 20 Schulen und 1.500 Schülerinnen und Schüler haben 2018 mitgemacht. Nitschke lässt die Sammlungsinformationen drucken, versendet sie mit den Sammeldosen, rechnet die Einnahmen ab. 70 Prozent des gesammelten Gelds landet auf Projektkonten für Natur- und Umweltbildung der Schulen. 20 Prozent des gesammelten Gelds werden an Naturschutzprojekte auf Kreis- und Landesebene vergeben. Die Naturschutzverbände beantragen das Geld z.B. für einen Krötenzaun oder die Wiedervernässung einer Wiese. Der DUH Regionalvorstand entscheidet, ob und wieviel Geld aus dem Budget für ein Projekt fließt. Für die Druck- und Verwaltungskosten werden 10 Prozent aus dem Sammelerlös verwendet. Gedeckt seien die Verwaltungskosten damit nicht, sagt Nitschke. „Wir machen das aus ideellen Gründen: die Kinder lernen, sich für ihre eigenen Belange im Naturschutz einzusetzen.“

Die Schulen können das Geld übrigens sofort für ihre Vorhaben ausgeben oder in späteren Jahren abrufen. Einzige Voraussetzung: Sie müssen das Geld für die Natur- und Umweltbildung ausgeben. Die einen kaufen Wanderkarten und Kompass, die anderen bauen einen Teich am Rande des Schulhofs und kaufen Mikroskope, damit die Kinder die Mikrolebewesen im Wasser auch sehen können. Eine der Schulen sammelt jedes Jahr und baut mit dem Erlös die schuleigene Photovoltaikanlage aus. Ihr Ziel: Unabhängigkeit.



» Die Haus- und Straßensammlungen stärken den Zusammenhalt unter den Schülern und sind für viele Schulen eine seltene Möglichkeit, selbst Geld für schuleigene Projekte zu bekommen, eine Bienenwiese zu pflanzen oder einen Biotopteich anzulegen. «

.....
Gabriele Nitschke ,
Koordinatorin Jugend
sammelt für Natur (Nord)



Jede Stimme zählt

Die Social Media demokratisieren den Protest und geben jedem Menschen die Möglichkeit, mit Petitionen gegen umweltpolitische Missstände vorzugehen. Wir unterstützen Menschen dabei, zum Beispiel bei ihrem Einsatz für Mehrwegbecher in Fußballstadien und bei der Kampagne „Stopp Palmöl im Tank“. Dankbar sind wir den Prominenten, die mit ihrem Auftritt und bekanntem Namen mit uns für Natur und Umwelt eintreten

Wir erhalten viel Unterstützung von Menschen, die für dieselben umweltpolitischen Ziele eintreten, wie wir. Manche ihrer Ideen gefallen uns so gut, dass wir mit ihnen eine Kampagne zusammen durchführen – und gemeinsam richtig was bewegen. Borussia Dortmund Fan Nick Heubeck sammelte über eine Internet-Plattform Unterschriften für Mehrwegbecher im BVB-Stadion Signal-Iduna-Park. Nachdem wir die Kampagne gemeinsam gestemmt haben, wurden es stolze 100.000 Unterschriften. Diese hat der 19-jährige Heubeck dann mit uns an den BVB übergeben – sehr erfolgreich, denn der BVB geht nun mit Mehrwegbechern in die nächste Spielzeit (lesen Sie mehr dazu auf S. 23).

Petitionsplattformen im Internet bieten jeder Bürgerin und jedem Bürger die Möglichkeit, sich politisch zu engagieren. Diese Form der Teilhabe birgt Risiken und Chancen für die Demokratie. Wir arbeiten mit unserem Namen und auf unserer Webseite an den Chancen und den Möglichkeiten für eine umweltbewusste Gesellschaft. So haben wir

gemeinsam mit Palmöl-Experte Gero Leson eine Petition gestartet, die ein sofortiges Ende von Palmöl in Biosprit fordert und damit im Internet unsere politische Kampagne „Kein Palmöl in den Tank“ begleitet. Die EU hat – auch auf Druck unserer Petition – in 2018 tatsächlich beschlossen, dass ab 2030 kein Palmöl mehr in den Biosprit kommt. Gero Leson, wir und über 150.000 Unterstützer dieser Petition kämpfen nun weiter, dass dieser Beschluss ab Februar 2019 tatsächlich umgesetzt wird.

„Für die Erde gibt es keinen Plan B“, sagt Friedrich Liechtenstein, Künstler und Youtube-Promi aus Berlin in dem DUH-Video „Sag Stopp zu Plastikmüll“. Liechtenstein wirbt mit seinem bekannten Gesicht und markanter Stimme für „Planktonintelligenz“ und unterstützt mit ganzem Körpereinsatz den Meeresschutz im Namen der Deutschen Umwelthilfe: Er taucht mit rauschendem Bart unter der Tauchmaske ab. Wir sind Liechtenstein und vielen weiteren Prominenten dankbar, dass sie mit ihrem Auftritt und ihrem guten Namen den Natur- und

Umweltschutz unterstützen. Denn viele der komplexen Umwelt- und Naturschutzthemen dringen ohne die Hilfe bekannter Persönlichkeiten medial nicht durch.

Wer kann sich schon etwas unter „Rückwürfe“ und „Überfischung“ vorstellen? Kaum ein Mensch an Land bemerkt jemals, dass Fischfangflotten die Meere ausbeuten und die biologische Vielfalt in den Ozeanen zerstören. Wir freuen uns daher besonders, dass eine ganze Reihe prominente Schauspielerinnen und Schauspieler wie Nina Hoss, Katja Riemann und Benno Fürmann unsere Kampagne Fishlove unterstützen und auf die katastrophalen Auswirkungen der Fischerei aufmerksam machen (lesen Sie dazu auch S. 20).

Für unsere Social Media Kampagne gegen die illegalen Fischrückwürfe sind die Leute selbst als Rückwurf ins Wasser gesprungen – mit Klamotten. So viele prominente Gesichter haben neben Schauspielerin Marion Kracht (oben) noch nie bei einer Onlineaktion der DUH mitgemacht. Mal sehen? Hier: www.duh.de/stopptrueckwuerfe



Der UmweltMedienpreis 2018



Kategorie Print

Ein Schulreferat ihrer Tochter Franziska über den CO₂- Fußabdruck brachte die Journalisten Petra Pinzler und Günther Wessel auf die Idee, ihr Leben mit dem CO₂-Rechner zu checken. Das Ergebnis schockte die umweltbewusste Familie so sehr, dass sie Wohnen, Einkaufen, Urlaub und die anderen Lebensbereiche klimaneutral gestalten wollten. Sie drehen die Wassertemperatur runter, recherchieren über Mangos im Klimawandel, fahren fortan Fahrrad und fragen sich, ob sie klimaneutral nur in der Kantine essen können. Über ihr Ringen und Rechnen haben sie das Buch „Vier fürs Klima“ geschrieben, das unterhaltsam, hervorragend recherchiert und niemals moralisierend von den Herausforderungen erzählt, umweltfreundlich und klimaneutral zu leben. Die Jury des UmweltMedienpreises vergibt den Preis in der Kategorie Print an **Petra Pinzler und Günther Wessel mit Franziska und Jakob**.

Kategorie Hörfunk

Für die Gamification Action „Abbechern – Kampf den Pappbechern, harte Fakten zum pappigen Becher“ erhalten Projektleiterin **Momo Faltlhauser** und das Team von Radio

Fritz den UmweltMedienpreis in der Kategorie Hörfunk. Mit kreativen Ideen und eines eigens programmierten Buttons in der FritzApp haben Momo Faltlhauser und ihr Team die Berliner vom Mehrwegbecher überzeugt. Eine Million Pappbecher in fünf Wochen haben die Hörerinnen und Hörer von Radio Fritz eingespart. Faltlhauser wollte die Million in vier Wochen knacken – die kurze Verlängerung hat die Jury nicht beirrt in ihrer einhelligen Meinung: „Nachahmenswert!“

Kategorie Fernsehen

Viele tausend Tütchen mit Blumensamen hat die WDR-Redaktion „Hier und heute“ verschickt, damit Kindergärten, Schulen, Gärtnerinnen und Gärtner Blütenpflanzen säen und Bienen Nahrung finden. Den ganzen Sommer besuchten JournalistInnen die blühenden Landschaften in Nordrhein-Westfalen und zeigten in der Sendereihe „NRW summt – zur Rettung der Wildbienen“, wie jede und jeder den Insekten helfen kann. Redaktionsleiter **Holger Cappell** und sein Team erhalten den UmweltMedienpreis 2018 in der Kategorie Fernsehen.

Eine „beispielhafte Mitmachaktion“, heißt es in der Begründung. Denn: „Daraus ist eine nachhaltige Bürgerbewegung im

Einsatz gegen das Bienen- und Insektensterben entstanden.“

Kategorie Online

Die Reporterin und Klimaschutzexpertin **Annika Joeres** und die Autoren **Justus von Daniels** und **Stefan Wehrmeyer** erhalten den UmweltMedienpreis 2018 für die Online-Datenrecherche „Irrsinn der Agrarpolitik“. In ihrem Beitrag über die Auswirkungen der Intensivtierhaltung auf correctiv.org, einem gemeinnützigen Recherchezentrum, überzeugten sie die Jury mit „investigativem Qualitätsjournalismus über zwei hochaktuelle Themen: die EU-Subventionen für Massentierhaltungsbetriebe und die Nitratbelastung des Grundwassers.“

Kategorie Sonderpreis

Zum ersten Mal hat die DUH 2018 einen Publikumspreis vergeben. Online konnte jede und jeder aus fünf Kandidaten und einer Kandidatin wählen. Die meisten Menschen überzeugt hat **Dr. Meike Gebhard** und die Nachhaltigkeitsplattform utopia.de. Die Auszeichnung erhält sie für den Aufbau eines der erfolgreichsten deutschsprachigen Online-Portale für Nachhaltigkeit und bewussten Lebensstil.

Transparent, solide, unabhängig

Die Deutsche Umwelthilfe finanziert ihre Arbeit aus Projektgeldern von öffentlichen Stellen wie Europäische Union und Bundesregierung, durch Spenden und Förderungen von Privatmenschen, Stiftungen und Unternehmen. Den ordentlichen Umgang mit dem Geld bestätigt uns das DZI-Spendensiegel. Und weil wir hohe Maßstäbe an uns legen, veröffentlichen wir Finanzen und rechtliche Verhältnisse nach den Regeln der Initiative Transparente Zivilgesellschaft. Da zum Zeitpunkt der Veröffentlichung dieses Jahresberichts das Jahr 2018 noch nicht abgeschlossen war, finden Sie hier die Zahlen des Jahres 2017.

■ Jahr für Jahr benötigt die Deutsche Umwelthilfe e.V. erhebliche Finanzmittel, um ihre Aufgaben im Umwelt- und Verbraucherschutz zu erfüllen. Das Geld stammt von zahlreichen Privatpersonen, die als Förderer und Spender die DUH unterstützen, von öffentlichen und gesellschaftlichen Institutionen und von Unternehmen, die einzelne Projekte der DUH unterstützen. Hinzu kommen Einnahmen aus der ökologischen Marktüberwachung, die dazu beitragen, unsere zahlreichen Aktivitäten zur Information der Verbraucher möglich zu machen.

Bei der Beschaffung von Finanzmitteln ist es uns besonders wichtig, die Unabhängigkeit unseres Handelns von privaten oder staatlichen Geldgebern zu sichern und damit auch die Grundlagen der Gemeinnützigkeit zu bewahren. Wir legen großen Wert auf eine gesunde Mischung von Finanzmitteln. So gleichen wir Schwankungen aus und verhindern, von einzelnen Geldgebern abhängig zu werden. Förderungen, die mit dem Versuch staatlicher oder privater Einflussnahme einhergehen, lehnen wir ab.

Zuwächse bei den Privatspenden

Die wichtigste Finanzierungsquelle unserer Projektarbeit sind die Zuschüsse von öffentlichen Institutionen (Bund, Länder, Europäische Union) sowie von verschiedenen Stiftungen, die zusammen 30 Prozent zum Haushalt beitragen. Der Anteil öffentlicher Förderungen liegt bei etwa 20 Prozent. Gelder von Unternehmen (Spenden und Sponsorings) steuerten 23 Prozent zum DUH-Haushalt bei. Ihr Anteil ist in den vergangenen Jahren zurückgegangen. Von Jahr zu Jahr wichtiger werden dagegen die Privatspenden und Fördermitgliedsbeiträge. Sie erreichten zusammen 15 Prozent der Gesamteinnahmen. Im Ergebnis haben weder staatliche Stellen noch Unternehmen einen dominierenden Anteil an der Finanzierung der DUH.

Um ein hohes Maß an Transparenz herzustellen, nennen wir Institutionen, die mit ihren Zuwendungen jeweils mehr als ein Prozent zum Haushalt der DUH beigetragen haben, im Jahresbericht. Zu ihnen zählten im Jahr 2017 die Bundesregierung und nachgelagerte Behörden wie das Bundesamt für Naturschutz, die Europäische Union, das Thüringer Ministerium für Umwelt, Energie und Naturschutz, die Stiftung Naturschutz Berlin, die Climate Works Foundation, die Krombacher Brauerei und die Telekom Deutschland GmbH. Wir danken allen Zuwendungsgebern sehr herzlich für die großzügige Unterstützung unserer Arbeit.

Außerdem danken wir Rapunzel Naturkost für die Zusammenarbeit im Hand in Hand-Fonds, der ökosoziale Projekte in aller Welt fördert (siehe Bericht Seite 30).

Transparenz und Datenschutz

Die Deutsche Umwelthilfe legt als zivilgesellschaftlicher Akteur hohe Maßstäbe an Politik und Unternehmen und ebenso an ihr eigenes Handeln. Dies gilt auch im Hinblick auf die Finanzen. Deshalb lassen



Initiative
Transparente
Zivilgesellschaft



Deutsches
Zentralinstitut
für soziale
Fragen (DZI)
Ihre Spende
kommt an!

wir uns an den Leitlinien des Deutschen Zentralinstituts für soziale Fragen (DZI) messen und tragen seit einigen Jahren das DZI-Spendensiegel. Das DZI-Spendensiegel bestätigt den seriösen Umgang mit den uns anvertrauten Geldern.

Zudem ist die DUH im Jahr 2017 der Initiative Transparente Zivilgesellschaft beigetreten. Wir verpflichten uns damit, auf der DUH-Website jederzeit zentrale Informationen zur Transparenz über die rechtlichen Verhältnisse, die verantwortlichen Personen und die Finanzen der DUH bereitzustellen.

Im Zuge der Umsetzung der DSGVO haben wir unsere Datenschutzregeln grundlegend erneuert und erweitert (www.duh.de/datenschutz/). Um Korruption und Vetternwirtschaft vorzubeugen, haben wir uns verbindliche interne Regeln u.a. für Auftragsvergaben und Finanzanlagen gegeben.

Umwelt und Verbraucher gewinnen

Umwelt- und Naturschutz sowie der Schutz der Interessen der Verbraucher haben vieles gemeinsam: Was schlecht für Natur und Umwelt ist, schadet – direkt oder indirekt – auch den Menschen, häufig auch in ihrer Rolle als Verbraucher. Nur eines von vielen Beispielen ist die verschwenderische Verwendung von Verpackungsmaterialien. Verpackungsmüll belastet die Umwelt und die Verbraucher zahlen dafür. Oder das Thema saubere Luft: Die giftigen Abgase aus den Verbrennungsmotoren schädigen Menschen und Natur gleichermaßen, denn Stickoxide und andere

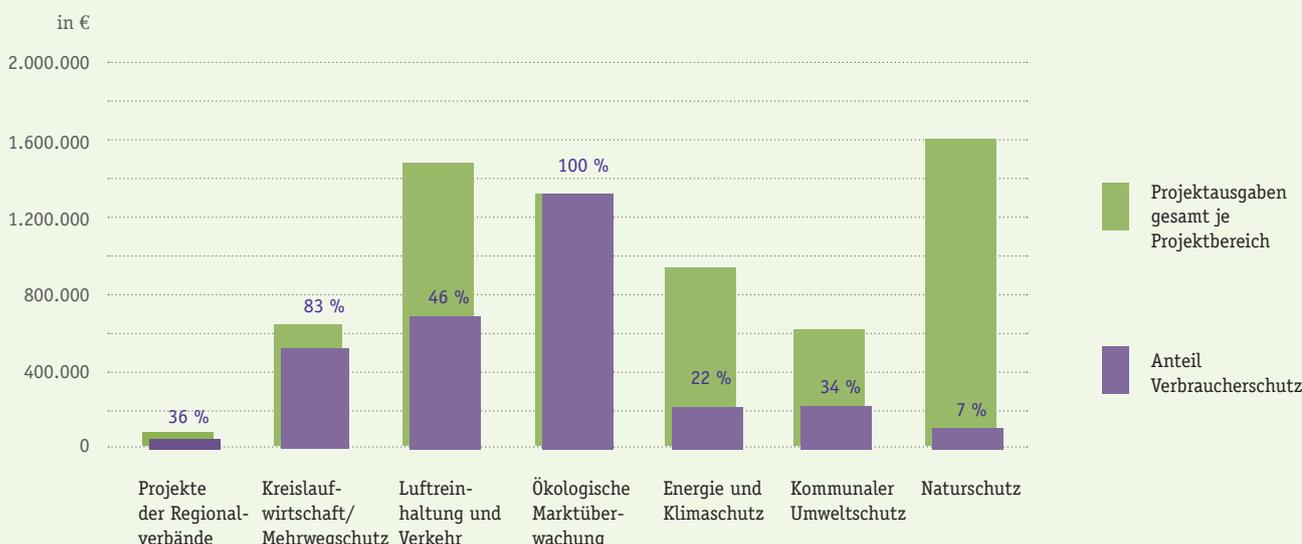
giftige Autoabgase verkürzen nicht nur das Leben der Menschen, sie schädigen auch empfindliche Pflanzengesellschaften. Es steckt also eine Menge Verbraucherschutz in unseren Projekten, die dem Schutz von Natur und Umwelt dienen.

Wir haben ausgewertet, wie groß in den verschiedenen Themenfeldern der Anteil von Aktivitäten ist, die dem Schutz der Verbraucher dienen. Das Ergebnis ist erstaunlich: In jedem Euro, den die Deutsche Umwelthilfe e.V. für Projekte ausgibt, stecken 50 Cent Verbraucherschutz.

Die Deutsche Umwelthilfe ist ein Umwelt- und Naturschutzverband und zugleich ein anerkannter, klageberechtigter Verbraucherschutzverband. Das Bundesamt für Justiz prüft in regelmäßigen Abständen, ob die DUH weiterhin die Voraussetzungen erfüllt, um als klageberechtigter Verband auch vor Gericht die Interessen der Verbraucherinnen und Verbraucher zu vertreten.

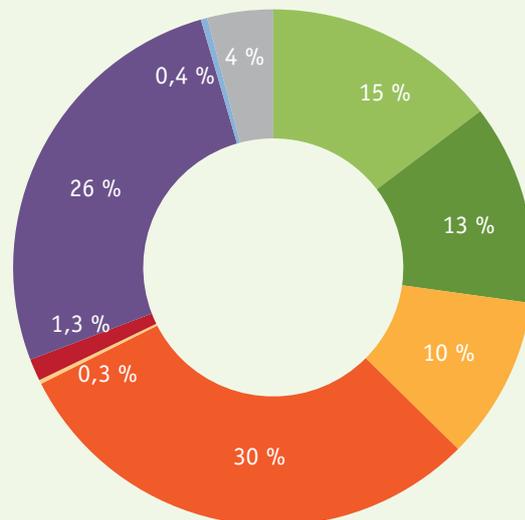
Das schafft die Voraussetzung für die DUH, Unternehmen daraufhin zu kontrollieren, ob sie die Regeln der Energieverbrauchskennzeichnung beachten und damit wichtige Verbraucherinformationsrechte wahren. Verstöße gegen diese Vorschriften kann die DUH rechtlich verfolgen. Über die knapp kalkulierten Abmahngebühren sowie Konventionalstrafen kann die DUH diese ökologische Marktüberwachung finanzieren. Die Einnahmen daraus machen zusammen 26 Prozent des DUH-Haushalts aus. Eventuelle Überschüsse fließen in Verbraucherinformation und -beratung.

Verbraucherschutzanteil in den DUH-Projekten

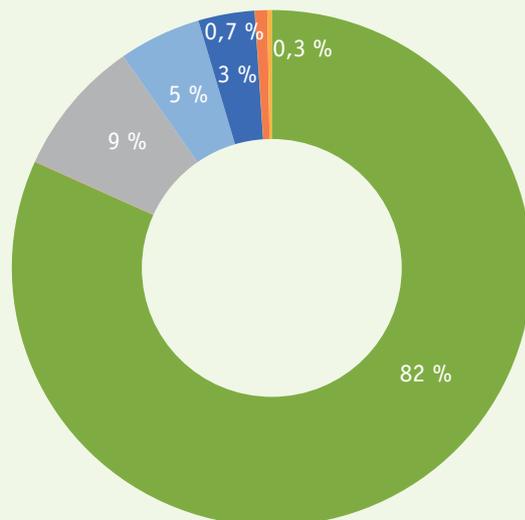


Einnahmen und Ausgaben 2017

Einnahmen (gerundet)	in €
Privatspenden und Fördermitgliedsbeiträge	1.216.059
Spenden von Institutionen/Unternehmen	1.042.448
Sponsoring	847.912
Projektzuschüsse	2.501.352
Beauftragte Projekte	20.995
Zuweisungen aus Geldauflagen (Bußgelder)	113.970
Erbschaften	-1.480
Einnahmen Ökologische Marktüberwachung	2.185.253
Zins- und Vermögenseinnahmen	33.314
Sonstige Einnahmen (Personalkostenweiterbelastungen u. a.)	339.753
Summe Einnahmen	8.299.576



Ausgaben (gerundet)	in €
Projektaufwand (Projektförderung und -begleitung)	6.783.549
Kampagnen-, Bildungs- und Aufklärungsarbeit	2.995
Allgemeine Geschäftskosten (Allgemeine Verwaltung)	709.009
Mittelbeschaffung und Öffentlichkeitsarbeit	425.689
Sonstige Aufwendungen	290.401
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1.600
Abschreibungen	63.475
Jahresüberschuss	22.858
Summe Ausgaben	8.299.576



Umfangreiche Projektarbeit

Im Jahr 2017 haben wir ein Haushaltsvolumen von etwa 8,3 Millionen Euro erreicht. Bei der Mittelverwendung steht mit 82 Prozent an erster Stelle unsere Projektarbeit. Ein Teil davon fließt in Form von Projektförderungen an Partnerorganisationen. Die Aufwendungen für Verwaltung liegen bei 9 Prozent und die für Mittelbeschaffung und Öffentlichkeitsarbeit bei moderaten 5 Prozent. Etwas weniger als zwei Drittel unserer Ausgaben wenden wir für Personal auf. Es ist uns auch im letzten Jahr gelungen, einen kleinen Jahresüberschuss zu erwirtschaften, der zur Stärkung der Rücklagen verwendet wird.

Bilanz

Die Bilanzsumme ist mit knapp 5 Millionen Euro ähnlich hoch wie im Vorjahr. Darin enthalten sind (unter Verbindlichkeiten ausgewiesen) ca. 1,8 Millionen Euro zweckgebundene Mittel, die für die zukünftige Projektarbeit bereit stehen. Das in der Bilanz ausgewiesene Sondervermögen (Venture and Nature Fund) dient der Finanzierung besonders zukunftssträchtiger, aber auch risikobehafteter Projekte. Die freien Rücklagen (Eigenkapital) bleiben mit etwa 15 Prozent des Jahresbudgets auf niedrigem Niveau.

Geprüfte Finanzen

Die DUH erstellt ihren Jahresabschluss nach den Vorschriften des HGB für Kapitalgesellschaften. Spenden, Sponsorings und Projektzuschüsse erfassen wir nach dem Verwendungsprinzip, Mittelzuflüsse werden erst

in dem Jahr erfasst, in dem die Gelder verbraucht wurden. Die Jahresrechnung entspricht den gesetzlichen Vorschriften und liefert ein zutreffendes Bild der Vermögens- und Ertragslage der Deutschen Umwelthilfe e.V. Dies bestätigt die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Dr. Herberger GmbH. Sie hat den Jahresabschluss zum 31.12.2017 geprüft und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen.

Mitarbeiter und Standorte

Das Team der Deutschen Umwelthilfe e.V. sind nicht nur die Mitarbeiter. Es setzt sich aus dem Vorstand, den Geschäftsführern und den Mitarbeitern zusammen. Der Vorstand arbeitet ehrenamtlich und erhält für seine Aktivitäten eine moderate Aufwandsentschädigung.

Die Deutsche Umwelthilfe beschäftigte zum Ende des Jahres 2018 insgesamt 113 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, davon sieben außertariflich. Ihre übrigen Mitarbeiter bezahlt die DUH nach einem hauseigenen Tarif, der mit der Vergütung im öffentlichen Dienst vergleichbar ist. Das Durchschnittsgehalt (Vollzeit) der tariflichen Mitarbeiter lag im Jahr 2017 bei 49.303 Euro, das Durchschnittsgehalt der außertariflichen Mitarbeiter betrug 110.334 Euro. Hinzu kommt eine betriebliche Altersvorsorge. Aus Gründen des Datenschutzes verzichtet die DUH auf die Veröffentlichung einzelner Gehälter.

64 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter arbeiten in der Geschäftsstelle Berlin, 40 in der Geschäftsstelle Radolfzell, weitere drei in der Geschäftsstelle Hannover, fünf sind im Projektbüro Erfurt tätig und eine Mitarbeiterin im Projektbüro Elbe in Köthen.

Bilanz zum 31.12.2017

Aktiva	2017 in €	2016 in €	Passiva	2017 in €	2016 in €
Anlagevermögen	275.219	199.693	Eigenkapital	1.251.608	1.228.750
Umlaufvermögen	4.179.975	4.833.122	Rückstellungen	856.882	881.546
Aktive Rechnungsabgrenzung	42.957	10.999	Verbindlichkeiten	2.445.324	2.933.518
Sondervermögen	499.897	–	Sondervermögen	444.234	–
Summe	4.998.048	5.043.814		4.998.048	5.043.814



Bundesvorstand

Professor Dr. Harald Kächele, Berlin

Vorsitzender

Burkhard Jäkel, Betzendorf

stellvertretender Vorsitzender

Carl-Wilhelm Bodenstein-Dresler,

Hannover, stellvertretender Vorsitzender

Professor Dr. Margit Mönnecke,

Malans (CH)

Michael Rothkegel, Frankfurt

Michael Schäfer, Berlin

Susanne Schubert, Troisdorf

Sabine Weisschedel-Brass,

Ausserberg (CH)

Bundesgeschäftsführer

Jürgen Resch

Sascha Müller-Kraenner

Barbara Metz, Stv. Bundesgeschäftsführerin

Bundesgeschäftsstellen

Bundesgeschäftsstelle Radolfzell

Leiterin: Melanie Fessler,

seit 01.07.2018 Sandra Hohmann

Fritz-Reichle-Ring 4

78315 Radolfzell

Telefon 07732 9995-0

Telefax 07732 9995-77

E-Mail: info@duh.de

Bundesgeschäftsstelle Berlin

Leiterin: Babett Böhme

Hackescher Markt 4

10178 Berlin

Telefon 030 2400867-0

Telefax 030 2400867-19

E-Mail: duh-ost@duh.de

Bundesgeschäftsstelle Hannover

Leiterin: Gabriele Nitschke

Goebenstr. 3a

30161 Hannover

Telefon 0511 390805-0

Telefax 0511 390805-19

E-Mail: duh-nord@duh.de

Regionalverbände

Regionalverband Süd

Ansprechpartnerin: Tina Hellwig

Fritz-Reichle-Ring 4

78315 Radolfzell

Telefon 07732 9995-23

Telefax 07732 9995-77

E-Mail: hellwig@duh.de

Regionalverband Ost

Ansprechpartnerin: Ines Wittig

Hackescher Markt 4

10178 Berlin

Telefon 030 2400867-0

Telefax 030 2400867-19

E-Mail: duh-ost@duh.de

Regionalverband Nord

Ansprechpartnerin: Gabriele Nitschke

Goebenstr. 3a

30161 Hannover

Telefon 0511 390805-0

Telefax 0511 390805-19

E-Mail: duh-nord@duh.de

Wir danken all unseren Fördermitgliedern, Paten, Spendern und Freunden für ihre Unterstützung –

denn ohne Sie wären wir nur halb so schlagkräftig. Bitte bleiben Sie uns treu!



Herzlichen Dank

- für Ihre **Spenden**, mit denen wir ganz gezielt aktuelle Projekte im Umwelt- und Verbraucherschutz realisieren konnten, zum Beispiel für unseren Kampf um saubere Luft in unseren Städten, für den Schutz unserer Meere, für die Schmetterlinge, Bienen und ihre wilden Verwandten, für Deutschlands Flüsse und die Fischotter, für den kommunalen Umweltschutz, für die Energiewende und vieles mehr
- für Ihre **Patenschaften**, mit denen Sie uns ermöglichen, in wichtigen Themenfeldern besonders langfristig zu agieren – zum Beispiel die Bienenpatenschaft oder die Meerespatschaft
- für Ihre **Anlass-Spenden**, die Sie anlässlich von Geburtstagen, Hochzeiten, Jahrestagen oder anderen Anlässen anstatt Blumen und Geschenken für uns gesammelt haben
- für **testamentarische Zuwendungen**, bei denen die Deutsche Umwelthilfe e.V. als Erbin oder Nachlassnehmerin bedacht wurde
- für Ihre **Weiterempfehlungen im Freundes- und Bekanntenkreis**, durch die noch mehr Menschen mit uns in Verbindung treten konnten
- für **Geldauflagen und Bußgelder**, die uns von Gerichten und Staatsanwaltschaften erreicht haben
- und für alle **Fördermitgliedschaften**, die die Basis unserer vielfältigen Arbeit sind und die unsere Unabhängigkeit auch in Zukunft sichern!

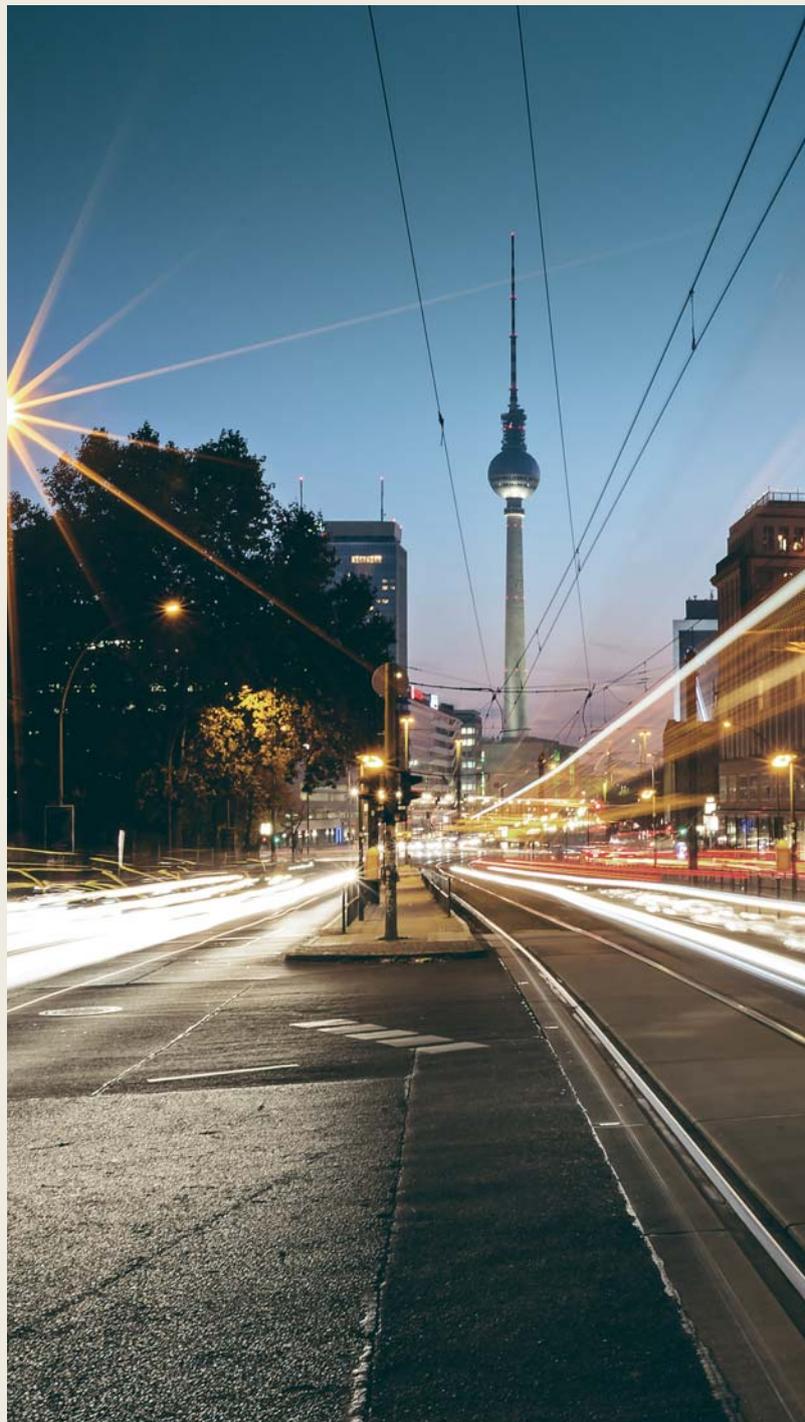


Impressum

- **Herausgeberin:** Deutsche Umwelthilfe e.V. (DUH), Fritz-Reichle-Ring 4, 78315 Radolfzell, E-Mail: info@duh.de, Internet: www.duh.de
- **Pressestelle:** Andrea Kuper ■ **Text, Konzept und Redaktion:** Ulrike Fokken ■ **Design und Layout:** Claudia Kunitzsch
- **Druck:** Druckerei Krammer, Inh. Claudia Baingo, Radolfzell

Die weibliche Form ist in dieser Veröffentlichung der männlichen Form gleichgestellt. Lediglich aus Gründen der Vereinfachung wurde auf die durchgängige Nennung beider Formen verzichtet.

- **Bildnachweis:** Titel: TimDavidCollection (l), bahrialtay (r.o.), Wayne (r.u.)/alle Fotolia; S. 2: Soonthorn/Fotolia; S. 3: DUH/Hedi Scherm; S. 4: Marc Scharping/Fotolia (L.o.), FC Bayern (L.u.), Tiberius Gracchus/Fotolia (r); S. 5: DUH/Robert Lehmann (o, L.u. (2)), ipopba (u.r.)/Fotolia; S. 6/7: DUH/Robert Lehmann; S. 8: Bohmüller/DUH; S. 10: Junggeburth/DUH (L.o.), Holzmann/DUH (L.u.), Marc Doradzillo/gemeinsam gärtnern, Freiburg (r); S. 11: Steffen Holzmann/DUH; S. 12: Judith Paeper/DUH; S. 14: DUH/Heidi Scherm (l), DUH (r); S. 16: Christine Kisorsy; S.18: Karin & Uwe Annas/Fotolia; S. 19: DUH/Andreas Kochlöffel; S. 20: DUH/Heidi Scherm (l), DUH/Plakate: Fishlove/Olaf Blecker (S. 20/21); S. 21: olbor/Fotolia; S. 22: DUH/Heidi Scherm (l), contrastwerkstatt/Fotolia (r); S. 23: Steffen Holzmann/DUH; S. 24: Montage DUH (GDB, pixabay) (l), Marggraf/DUH (r); S. 25: Montage DUH (Fotos: Fotolia (Andrii IURLOV, neurobite, circlephoto, alisseja)); S. 26: DUH/Heidi Scherm (l), Andreas Gruhl/Fotolia (S. 26/27); S. 28: Bernd Wolters/Fotolia; S. 29: oktay/Fotolia (l), DUH/Heidi Scherm (r); S. 30: Love for life e. V./Mike Kollöffel (o), Rapunzel Naturkost (u); S. 31: Irina Schmidt (l), Mehmed Özaslaml (r)/beide Fotolia, privat/DUH (u); S. 32: Montage DUH (Fotos: Fotolia (Eric Isselée, Uros Petrovic, willyam, algre, NikhomTreeVector, cn0ra)) (l), Video Screenshot DUH (r); S. 33: DUH/Robert Lehmann; S. 38: Steffen Holzmann/DUH; S. 39: Pixelspieler/Fotolia (l), pixabay (r.o.), Ramona Heim/Fotolia (r.u.); S. 40: Maria Sbytova (L.o.), tom i (m.o.), damielschoenen (L.u.), TimDavidCollection (r)/alle Fotolia
- **Redaktionsschluss:** 01.12.2018 ■ **Papier:** gedruckt auf 100 % Recycling-Papier



 Deutsche Umwelthilfe

www.duh.de

[@ info@duh.de](mailto:info@duh.de)

[Twitter](#) [Facebook](#) [Instagram](#) [umwelthilfe](#)

 Wir halten Sie auf dem Laufenden: www.duh.de/newsletter-abo

Die Deutsche Umwelthilfe e.V. ist als gemeinnützige Umwelt- und Verbraucherschutzorganisation anerkannt. Wir sind unabhängig, klageberechtigt und kämpfen seit über 40 Jahren für den Erhalt von Natur und Artenvielfalt. Bitte unterstützen Sie unsere Arbeit mit Ihrer Spende. www.duh.de/spenden

Transparent gemäß der Initiative Transparente Zivilgesellschaft. Ausgezeichnet mit dem DZI Spenden-Siegel für seriöse Spendenorganisationen.



Initiative
Transparente
Zivilgesellschaft



Unser Spendenkonto: Bank für Sozialwirtschaft Köln | IBAN: DE45 3702 0500 0008 1900 02 | BIC: BFSWDE33XXX